

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Gedanken und Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Raumverteilung in Pfennig, Kellern, 5.- Reichsmark, „Meine Warte“, das feinstdruckte Wort 25 Pfennig (ausfallt zwei feinstdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenaufträge des ersten Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 8 Pfennig, Abdruck für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 8. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Dönhofs-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Nach dem Abbruch in Paris.

Erklärungen der deutschen Delegation und des französischen Handelsministers.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt: Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte.

Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Communiqué festgestellt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen (Chemikalien, Maschinenartikel, Ragneseisenprodukte, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichend

sind, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für das Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Woll- und Baumwollgewebe sowie Automobile anbetrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiete kundgetan haben.

Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entsprechen also jeder Grundlage.

Handelsminister Chaumet erklärte heute abend den französischen Pressevertretern über die Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: Wir haben das Menschenmögliche versucht, um rasch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Der gute Wille der deutschen Unterhändler kann nicht bezweifelt werden, aber sie werden

gehindert durch Forderungen gewisser Industrieller und Landwirte.

Andererseits haben wir nicht die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes opfern können. So haben es eben die verschiedenartigen Interessen unmöglich gemacht, vor der Beendigung der Parla-mentssession, wie man es wünschte, zu einem Abschluß zu gelangen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Delegierten es vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen. Nach gemeinsamer Ueber-einkunft haben die beiden Wirtschaftsdelegationen beschlossen, ihre Arbeiten erst am 15. September wieder aufzunehmen, um während der Parla-mentssession jede Diskussion zu verhindern. Bevor sich die Delegierten trennen, werden sie noch die Prüfung einiger in der Schwebe gebliebener Einzelfragen beenden.

Weitergang des Provisoriums.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Nach der gestrigen Unterredung zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet ist folgendes gemeinschaftliche Communiqué veröffentlicht worden: Die Führer der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegation hatten, wie vorgelesen, eine Besprechung, um die Frage zu prüfen, wie während der Vertagung der Verhandlungen die Verbindung aufrechterhalten werden soll. Es wurde beschlossen, daß sich die beiden Delegationsführer am 15. September zur Prüfung der Lage wieder zusammenfinden und daß die am 28. Februar getroffene Abmachung erneuert wird, nach der beiderseits die Verpflichtung übernommen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht durch ausschließliche oder besonders gegen das andere Land gerichtete Maßnahmen zu stören und nötigenfalls Beschwerden wegen der Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote und Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligungen wohlwollend zu prüfen.

Da es für notwendig gehalten wurde, schon jetzt einige Punkte festzulegen, die am 15. September von den beiden Delegationsführern geprüft werden sollen, wird Staatssekretär Dr. Trendelenburg noch einen bis zwei Tage in Paris bleiben.

Landbund und Wissenschaft.

Das Schutzollprogramm ohne Begründung.

Der Reichslandbund sah sich — offenbar unter dem Eindruck des starken Widerstandes der Wissenschaft, der Arbeitnehmer und weiter Kreise des Handels und der Industrie — veranlaßt, sein Schutzollprogramm durch prominente Landbundführer vor Pressevertretern neu zu begründen. Gelingen ist ihm das nicht. Durchweg sind nur die alten Argumente vorgebracht worden. Der Reichslandbund verwahrte sich durch den Mund seines Präsidenten Hepp ganz entschieden gegen den Vorwurf, daß die Landwirtschaft aus berufsgewissen Interessen oder gar aus besonderer Vorliebe für die Groß-agrarier die Schutzölle fordert. Diese Abwehr ist ein aus-sichtsloses Unterfangen. Denn die Vorliebe aller Kreise für agrarische Schutzölle nimmt ab in demselben Ver-hältnis, wie die Kenntnis der Zusammenhänge der Gesamtwirtschaft zunimmt. Es ist doch kein Zufall und keine Verbohrtheit, wenn gerade die Vertreter der Wissenschaft heute zusammen mit denen der Arbeiterschaft gegen Schutzölle sind. Der Arbeiterschaft kann man vorhalten, daß sie Komplementenpolitik treibe — ein Vorwurf, dem man nach dem katastrophalen Fiasco der Produzentenpolitik der Unternehmer in und nach der Inflation nur als Lob deuten kann. Die Wissenschaft jedoch ist vollkommen unbefangener; will man ihr Befangenheit aber andichten, so könnte es höchstens im Sinne der Schutzollfreundlichkeit sein. Denn die meisten der Wissenschaftler, die sich heute mühtig zum Frei-handel bekennen, waren unter anderen Verhältnissen ebenso mühtige Befürworter des Schutzollgedankens. Sie mühten um zu lernen; es ist manchmal gewiß nicht leicht gefallen; und sie haben es doch freudig getan, weil sie eben kein Privatinteresse an der Schutzollpolitik haben, das sie in „volkswirtschaftliche“ Scheingründe umdichten müßten.

Interessant war es, daß in der erwähnten Besprechung auch Dr. Georg Wilhelm Schiele aus Raumburg auftrat, um mit angeblich staatspolitischen Notwendigkeiten die Schutzölle zu begründen. Er trat als Verbraucher auf — denn er ist Arzt. Seine Behauptung, daß die Agrarölle zu Verhandlungszwecken notwendig seien, ist schon deshalb irreführend, weil ja gerade die Mindestölle auf Getreide, von denen der Reichslandbund nicht abgeht, zum Abschluß von Handelsverträgen überhaupt nicht in Betracht kommen. Der Landbund ließ übrigens durch seinen Präsi-denten Graf Kaldreuth erklären, daß er das System der Mindestölle auf Fleisch, Vieh und Gemüse aus-gedeht wissen wolle. Also Mindestölle auf der ganzen Linie — und diese Ölle, mit denen man keine auswärtige Han-delspolitik betreiben kann, werden selbstamerweise mit handels-politischen Argumenten begründet! Schiele behauptete ferner, wir bräuchten einen Agrarölle aus Gründen der Wäh-rungspolitik. Derselbe Schiele hat in den Raumburger Briefen, Heft 3, geschrieben:

Es kann sein, daß wir in den nächsten Wochen wieder ein schnelles Anziehen der Getreidepreise erleben. Wenn dieses über 200 Mark pro Tonne geht, so ist es klar, daß die Ursachen nicht auf der Warenseite, sondern auf der Geldseite liegen. Wir haben dann eine neue Inflation, welche die Wirtschaft ver-schiebert.

Heute ist der Getreidepreis weit über 200 Mark und seine weitere Verteuerung durch Ölle um 50 bis 75 Mark soll keine Inflation sein? Ueberhaupt war Herr Schiele im Sommer 1924 ein eifriger Anhänger niedriger Preise. Schrieb er doch damals:

In einem verarmenden Volke gibt es keine Schutzölle, sondern den Zwang zu einer intensiver werdenden Landwirtschaft bei niedrigeren Agrarpreisen durch niedrigere Industriepreise. Deutschland kann es sich nicht leisten, das Preisniveau seiner Produktionsbasis zu erhöhen, weder das von Industrie noch das von der Landwirtschaft, sondern muß danach streben, das Preisniveau so niedrig wie möglich zu nehmen, damit es gegen jeden Wettbewerb stark sei. Der Versuch, in blinder Nachahmung Bismarckscher Politik Schutzölle einzuführen, würde in einer außerordentlichen Radikalisierung und Feindschaft zwischen Stadt und Land in Wahlkämpfen und vielleicht nicht nur in Wahlkämpfen enden. Bis-marck selber, wenn er aus dem Grabe stehen könnte, würde uns warnen und uns zurufen: Andere Zeiten, andere Mittel.

Man sieht, es gibt auch unter den Freunden der Groß-agrarier Leute, die zulernen. Aber diese Leute haben in der Regel Recht, indem sie nur Falsches hingulernen. Erst ging es dem Herrn Dr. Ritter so, der seine wirtschaftspolitische Farbe im Bureau der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer vollkommen änderte. Und jetzt muß auch der Namens-vetter des Reichsinnenministers daran glauben.

Aber der Reichslandbund darf sich nicht wundern, wenn man diese Eidesheifer nicht ernst nimmt. Die Brot-ölle sollen — das steht einwandfrei fest — lediglich den wirt-schaftlichen und politischen Interessen einer kleinen Gruppe der Landwirtschaft dienen. Sie können es nur auf

Frankreichs Chinapolitik.

Antibritisches aus der Kammer.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kammer hat am Dienstag die Beratung der von der Regierung beantragten Ratifikation der beiden am 6. Februar 1922 in Washing-ton beschlossenen internationalen Abkommen über China begonnen. Das erste dieser beiden Abkommen, die von Frankreich, China, den Vereinigten Staaten, England, Italien, Belgien, den Niederlanden und Japan unterzeichnet sind, hat die territoriale Integrität Chinas, das zweite eine Revision des chinesischen Zolltarifs zum Gegenstand. In der Begründung der Regierungsvorlage wies Briand u. a. darauf hin, daß zwischen den Mächten eine neue Konferenz zur Regelung der Probleme, die durch die jüngsten Ereignisse in China aufgeworfen worden seien, in Aussicht genommen sei. Erst wenn die Integrität und die Freiheit der Entwicklung Chinas international anerkannt und sichergestellt sei, werde man von China erwarten dürfen, daß es sich den Fortschritten der europäischen Zivilisation nicht länger verschließen. Jedenfalls habe China Frankreich, das sich die Sympathien des chinesischen Volkes zu erwerben und zu erhalten verstanden habe, nichts vor-zuzuziehen.

In der Debatte warnte der sozialistische Abg. Moutet die Regierung davor, sich im Fernen Osten in das Schlepptau der englischen Politik nehmen zu lassen. Der angestrebte Abschluß des Vertrages dürfe Frankreich unter keinen Umständen dazu verleiten, England in blinder Solidarität, die politisch gefährlich sei und viel-fach den französischen Interessen zuwiderlaufe, überallhin zu folgen.

Vertagung der Caillaux-Reform?

Sozialisten und Umweltschützer.

Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion der Kammer hat am Dienstag beschlossen, unter allen Umständen an der von der Kammer angenommenen, vom Senat aber wieder ge-strichenen Besteuerung der kleinen Handwerker, die außer ihren Familienmitgliedern nicht mehr als einen Gefellen be-schäftigen, von der Umsatzsteuer freizuhalten. Die anderen Gruppen des Linkslagers sollen zu einer gemeinsamen Besprechung aufgefordert werden, ob es angebracht ist, die von der Regierung verlangte Verabschiedung der Caillauxschen Steuergesetze noch vor den Ferien vorzunehmen. In der Fraktion neigt man zu einer Vertagung der Beratungen bis zum Herbst. Ein endgültiger Be-schluß darüber soll jedoch erst nach Bülhungsnahme mit den anderen Parteiparteien getätigt werden.

Die Selbstverwaltung Indiens —

hat noch Zeit.

London, 7. Juli. (Oberhaus, WTB.) In seiner Erklärung über die Politik der Regierung in Indien führte der Staatssekretär für Indien Lord Birkenhead u. a. aus: zwischen ihm und dem Bize-lkönig seien keine entscheidenden Beratungen getroffen worden, ebensowenig habe auch das Kabinett eine Entscheidung getroffen. Bevor daran gedacht werden könne, sich über die Montagu-Chelms-ford-Vorlesung schlüssig zu werden, müßten gewisse, nicht zu um-gehende vorbereitende Schritte getan werden. Der stellvertretende Bizekönig Lord Lytton und die Regierung von Indien seien über die Beratungen auf dem laufenden gehalten worden, obgleich weder Lord Lytton noch seine Regierung durch die Beratungen irgendwelche in ihrer Verantwortlichkeit berührt würden. Bevor man irgendeine Entscheidung treffe, müsse man die Regierung von Indien darum ersuchen, die Angelegenheiten zu prüfen und Ratsschlüsse zu erteilen. Man müsse auch die Ansicht der gleichgehenden Versammlung ein-holen. Die britische Regierung denke nicht im Traum daran, Ent-scheidungen ohne die Mitwirkung jener sehr wichtigen gesetzgebenden Körperschaft, die erst vor kurzer Zeit ins Leben gerufen worden sei, bekanntzugeben oder auch nur zu fällen. Lord Birkenhead erklärte weiter, das Reformexperiment von 1919 sei äußerst löhig gewesen. Man habe es unternommen in der Atmosphäre des Nachkriegs-idealismus. Lord Birkenhead wies darauf hin, daß in der Ein-leitung der Akte von 1919 die Grundlage niedergelegt worden seien, nach denen zu gegebener Zeit der Verlust mit dieser oder jener Form einer Verfassung gemacht werden könne. Die Regierung werde sich von den in dieser Einleitung enthaltenen Verpflichtungen nicht durch die Taktik ungeduldriger Leute abbringen lassen.

Drohungen oder Gewalt seien ungeeignete Mittel, um die An-gelegenheit zu beschleunigen.

Es scheint ihm nicht ausgeschlossen, daß auch sehr vor-sichtige Staatsmänner eine frühere Einberufung der königlichen Kommission zur Revision der Reformen empfehlen könnten, obwohl die von der am besten organisierten Partei Indiens befolgte Taktik zum Gegendruck herausfordert. Der nationalistische Geist, der in den letzten Jahren Großbritanniens am meisten Schwierigkeiten ge-macht habe, erstrebe ein nationalistisches Indien. Eine der größten Sorgen für England bestehe in den Streitigkeiten zwischen Mohammedanern und Hindus, die zum wilden Kampf führen würden, wenn sich England aus Indien zurückerziehe. Sollte Großbritanniens sich seiner Verantwortung in Indien entziehen, so würde das für Indien selbst verhängnisvoll sein.

Minderheitenschutz im Völkerbund.

Der Minderheitenausschuß des Völkerbundes hat beschlossen, daß der Völkerbund alle von den Minderheiten vorgebrachten Klagen und Beschwerden und ihre Erledigung regelmäßig veröffentlichen solle.

Kosten der übrigen Volksmassen. Darum gilt den Agrarrollen ebenso wie den Hochschützrollen auf Industriewaren der stärkste Kampf der Arbeiterschaft.

Die deutsche Antwort.

Vor den Erklärungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Luther wird heute im Auswärtigen Ausschuss und im Aeltestenrat Erklärungen über die deutsche Antwortnote und ihre parlamentarische Behandlung abgeben. Es läßt sich voraussehen, daß diese Erklärungen nicht sehr inhaltsreich sein werden.

Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach einer öffentlichen Förderung des Sicherheitsproblems drängt, so geschieht das nicht, wie ihr die Rechtspresse nachsagt, aus Lust an „Krisenmacherei“, sondern aus leidenschaftlichem sachlichen Interesse. Sie hat nur allzuviel Grund, befürchten zu müssen, daß die zwischen der Rechten und der Mitte schwankende Reichsregierung auch hier wieder eine Politik der veräuferten Gelegenheiten treiben wird.

Heute zerfällt Europa in zwei voneinander geschiedene Sicherheitsgebiete. Im Westen halten Spanien, Frankreich und Belgien, im Osten die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten als Völkerbundmitglieder am Genfer Protokoll fest; Deutschland fehlt in diesem kontinental-europäischen Sicherheitsgebiet. Europa würde ein einheitliches Sicherheits- und Rechtsgebiet werden, wenn Deutschland dem Genfer Protokoll sich anschloße, was ihm ebenso freisteht wie die Annahme des Obligatoriums des Internationalen Gerichtshofes und der Beitritt zum Völkerbunde.

Eine solche europäische Sicherheitspolitik bedeutet zwar eine gewisse Lösung der deutschen Abhängigkeit von englischen politischen Auffassungen, aber keine Wendung gegen England. England könnte seine Garantien noch wie vor auf die französische Westgrenze beschränken; es könnte diese Garantie sogar leichter geben, wenn der gesamteuropäische Kontinent durch den Anschluß Deutschlands an das Genfer Protokoll und an den Völkerbund gesichert ist.

Diese europäische Sicherheitspolitik gibt Deutschland die Möglichkeit, das von Frankreich beanspruchte Recht abzuwehren, selbständig als Garant über eine Schiedsvertragsverletzung zu entscheiden, und überträgt diese Entscheidung an den Völkerbundrat, in dem England Sitz und Stimme hat und Deutschland sich und Stimme erhalten wird. Sie bedeutet zugleich mit allen nachharn Abschluß von Schiedsverträgen, die erheblich weitergehen als die bisherigen, die keinen Zwang zur Schlichtung politischer Streitigkeiten vorsehen.

Im Spiel einer wirklichen „nationalen Realpolitik“ wären Völkerbund und Genfer Protokoll die beiden starken Trümper, die Deutschland heute auf den Tisch zu werfen hätte. Werden sie ausgespielt werden? Die Abhängigkeit der Reichsregierung von den Deutschennationalen rechtfertigt in dieser Beziehung den stärksten Pessimismus.

Und vom Reichskanzler wird man heute im Auswärtigen Ausschuss schwerlich viel darüber erfahren.

Die Luftfahrtnote.

Vorbereitung der Antwort.

Die Reichsregierung hat zur Antwort auf die Luftfahrtnote der Entente noch nicht endgültig Stellung genommen. Bis zur Abendung der Antwortnote dürften noch 10 bis 14 Tage verstreichen. Am Mittwoch wird sich der Auswärtige Ausschuss, dann der Verkehrsausschuss des Reichstags und am 16. Juli der Beirat zur Luftfahrtnote mit der Ententennote befassen. Die Reichsregierung will eine möglichst eingehende Beratung der für die deutsche Verkehrsluftfahrt lebenswichtigen Fragen, damit hinter der Antwort das ganze deutsche Volk stehe. Das Kabinett faßt die Vorkamerfrage nicht als Diktat auf und wird, im Gegensatz zu der Forderung der

deutschen nationalen Presse auf glatte Ablehnung der Note, neue Verhandlungen anknüpfen. Da die neue Note, die noch über die Forderungen des Londoner Ultimatum hinausgeht, im Versailler Vertrag keine Rechtsgrundlage besitzt, glaubt die Regierung völlig freie Hand zu haben.

Um den deutsch-polnischen Wirtschaftsfrieden Der Standpunkt Polens.

Von polnischer Seite geht uns folgende Darstellung des deutsch-polnischen Wirtschaftskrisis zu:

Zu Anfang der Verhandlungen, in den ersten Tagen des März, erklärte die polnische Delegation, sie sei bereit, die Weistbegünstigungsklausel als Ausgangspunkt der Diskussion anzunehmen, betonte aber gleichzeitig, daß das Prinzip des freien Warenverkehrs, somit auch der Ausfuhr einer Reihe von Einfuhrverboten aus Polen als Ausgangspunkt angenommen werden sollte. Sie erklärte ferner, daß sie den Abschluß eines Veterinärabkommens als wesentliche Bedingung des freien Warenverkehrs betrachte, weil nur so die Einfuhr von Fleisch und Vieh nach Deutschland garantiert werden könne.

Die deutsche Delegation hat den Grundsatz des freien Warenverkehrs nicht angenommen. Nach verschiedenen Konferenzen hat sie in einem Entwurf vom 20. Juni sich vorbehalten, daß in den ersten sechs Monaten eines provisorischen Abkommens (das neun Monate dauern sollte) sämtliche bestehenden Einfuhrverbote in Kraft bleiben sollen. Was aber die restlichen drei Monate anbelangt, sollten in dieser Zeit Einfuhrverbote für jene Waren bindend sein, die in einer besonderen an das deutsche Projekt nicht angehängten Liste näher bezeichnet werden sollten. Was die Veterinärkonvention anbelangt, forderte sie ein ausführliches Memorandum über die Organisation des Veterinärwesens in Polen. Als das Memorandum zugestellt worden war, erklärte sie, daß dieses den Regierungen einzelner Länder und des Reichs mitgeteilt werden müsse, und daß erst nach Erhalt der Antwort entschieden werden könne, wann und in welchen Grenzen die sachliche Diskussion über eine Veterinärkonvention aufzunehmen sei. Es ergibt sich von selbst, daß unter solchen Bedingungen ein Handelsabkommen vor dem 15. Juni nicht abgeschlossen werden konnte.

Als nach dem 15. Juni eine Reihe von Kohlenfirmen aus Polnisch-Oberschlesien sich an den Reichstohlenkommissar mit der Bitte um Einfuhr gewisser Kohlenmengen nach Deutschland gewendet hatte, antwortete der Reichstohlenkommissar schriftlich, daß mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen eine Einfuhrbewilligung nicht erteilt werden könne. So wurde von der deutschen Regierung werf ein Einfuhrverbot für polnische Waren angewendet. Für die polnische Industrie ist es belanglos, ob die Verordnung, auf die der Reichstohlenkommissar sich stützt, älteren oder neueren Ursprungs ist. Das muß gesagt werden, weil die polnische Regierung in der deutschen Presse beschuldigt wird, sie habe zuerst in der zweiten Junihälfte das Einfuhrverbot für gewisse deutsche Waren nach Polen erlassen. Dieses Verbot war die Antwort auf das Einfuhrverbot für polnische Kohle nach Deutschland. Die englischen Kohlenexporteure bekommen von den deutschen Behörden die Bewilligung zur Einfuhr englischer Kohle in unbegrenzten Mengen. In dem Vorschlag vom 20. Juni erklärte sich die deutsche Delegation bereit, Polen ein Kohlentkontingent in der Höhe von 100 000 Tonnen monatlich zu gewähren. Daraus ergibt sich, daß in bezug auf die Freiheit des Warenverkehrs die deutsche Delegation Polen die Weistbegünstigung nicht gewähren will, da sie einen offensichtlichen Unterschied zwischen polnischer und englischer Kohle gelten läßt.

Indem Polen den Deutschen die Weistbegünstigung in zolltariflicher Hinsicht gewährt, gewährt es auch dem deutschen Export sämtliche Erleichterungen, die von Polen anderen Staaten bereits gewährt worden sind und später gewährt werden sollten. In ihrem Vorschlag über das provisorische Handelsabkommen erklärte die deutsche Delegation, daß jede Partei das Recht zur Kündigung haben solle, wenn eine der beiden Parteien ihre Zölle erhöhe. Vertiefen die Verhandlungen ergebnislos, so sollte jede Partei das Recht haben, das Abkommen binnen Monatsfrist zu kündigen. Gleichzeitig aber wurde von deutscher Seite betont, daß diese Klausel nicht auf

die Zölle in Deutschland diskutierte „Kleine Zolltarifnovelle“ beziehe. Diese Klausel zeigt den Mangel eines gleichen Rechts für beide Parteien.

Wie Außenminister Strzyński während seines Aufenthaltes in Berlin betonte, ist die polnische Delegation vom Wunsch befeuert, zu einem Einvernehmen zu kommen und ein Abkommen zu unterzeichnen, das gleichzeitig den Interessen beider Staaten entspricht.

Von anderer Seite erfahren wir, daß die Antwort Polens auf den deutschen Vorschlag eines Handelsproporziums am Dienstag in Berlin eingetroffen ist. Gefordert wird die Zulassung einer monatlichen Einfuhr von 350 000 Tonnen Kohle und eine Regelung der Vieh- und Fleischeinfuhr. Polen würde damit an der Kohleneinfuhr festhalten, die von deutscher Seite als unannehmbar bezeichnet werden ist.

Die Agrarenquete.

Deutschnationale und Reichsernährungsministerium Hand in Hand.

In der gestrigen Nachmittags Sitzung der Enquetekommission des handelspolitischen Ausschusses des Reichstags wurde die Erörterung der Frage der Intensivierung der Landwirtschaft fortgesetzt. Ein kleiner Vorgang beleuchtet die Situation: Der deutschnationale Abg. v. Richthofen legte dem Sachverständigen Prof. Kereboe eine große Anzahl von Fragen, gestützt mit Zahlen vor, daß dieser nicht mehr nachkommt und dazwischen ruft: „Sie haben sich jetzt eine Menge von Zahlen zusammentragen lassen, wie soll ich in aller Eile auf diese Zahlen, die ich noch gar nicht kenne, eingehen?“ Es stellt sich heraus,

daß Herr v. Richthofen die Zahlen vom Reichsernährungsministerium hat.

Das offenbar seine Aufgabe darin erblickt, nicht unbeeinflusste wissenschaftliche Feststellungen treffen zu lassen, sondern das Ergebnis der Enquetekommission möglichst zugunsten der Schutzzölle zu beeinflussen. Schon vormittags hatte der Vertreter der Regierung den Ausschluß der Öffentlichkeit durchgehört, als er sich über die Wirkung von Agrarzölle bei den Handelsvertragszölle äußerte.

Der Landwirt Schaeber, der über eine vierzigjährige Erfahrung im eigenen Betriebe verfügt, und besonders die Verhältnisse in Süd- und Westdeutschland kennt, sprach sich ganz im Sinne Kereboes aus.

Der Sachverständige Prof. Kereboe erklärt weiter, daß wir uns vor einer Ueberproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht zu fürchten hätten.

Der Ueberfluß an Nahrungsmitteln wäre das größte Glück.

Das wesentliche aber ist, daß wir die Kaufkraft besonders der industriellen Bevölkerung so stärken müssen, daß wir die Reproduktion unterbringen können; dann bestände auch die Möglichkeit, zum Export von hochwertigen Landwirtschaftserzeugnissen überzugehen. Ein Schulbeispiel sei die sogenannte Milchschwemme, die sich im vorigen Jahre in mehreren Großstädten zeigte. Sie entstand nicht aus der Ueberproduktion, sondern aus der mangelnden Kaufkraft. Berlin hatte im Frieden einen Milchverbrauch von 1 500 000 Litern, jetzt dagegen nur noch von 700 000 Litern. Das ist doch ein schlagender Beweis dafür, daß die Kaufkraft der industriellen Bevölkerung so gesunken ist, daß sie die Milch nicht mehr abnehmen kann.

Abg. Georg Schmidt-Römpel (Soz.) weist an Hand von 30 Jahresrechnungen bäuerlicher Kleinwirtschaften nach, daß diese ihre Gesamteinnahmen zu 20 Proz. aus der Bodenbewirtschaftung und zu 80 Proz. aus der Viehhaltung beziehen. Es handelt sich um 440 000 solcher Betriebe. Ist es notwendig, so fragt er, im Interesse dieser Betriebe eine Herabsetzung der Industriezölle zu fordern, haben sie einen Vorteil von Getreidezölle? Auf diese, sowie auf eine weitere Frage des Abg. v. Graefe (Völk.), wie sich der Sachverständige überhaupt zu den Industriezölle stelle, antwortete Prof. Kereboe, er halte Kohlenzölle für ungeheuer schädlich, insbesondere aber die Zölle auf Eisen.

Später äußerte sich der Deutschnational Hoeh auf die Frage, ob es möglich sei, die Intensität der deutschen Landwirtschaft und die Rationalisierung der Betriebe so zu erhöhen, daß Deutschland beim Bezuge von Lebensmitteln vom Ausland unabhängig sei. Hoeh gab im wesentlichen die bekannten Argumente der Zollschuttfreunde wieder. Wenn nicht die Landwirtschaft geschützt werde, dann breche das deutsche Volk zusammen.

Blaubeuren.

Von Konrad Seiffert.

Wie ein verträumtes Gedicht von Mörike liegt der Blautopf an den Felsen der Alp. Wie „die tausend Stimmen im Grund“ klingt ein einfacher, ganz einfacher und erhabener Choral von der Klosterkirche herüber, zittert an den Felswänden hoch, verzittert. Die „Stimmenleichte Zeit der dunklen Frühe“ steht wunschlos in den herabhängenden Zweigen der Bäume, die sich in dem geisterhaft blauen Wasser spiegeln. Scheu bleiben die Enten am Ufer, oto zitterten sie, die schöne Lau könne sie verjagen.

Traumfern und doch wirklichkeitsnah singt das Wasser am Wehr sein monotones Lied, bei dessen Rhythmus das Denken sich schlafen legt und eine leise Hand beruhigend über alle Sehnsüchte und Wünsche streicht.

Aber in der Klosterkirche loht der Flügelaltar, den Georg Strylin schuf, flammend auf. Aus Kreuzblumen und Spitzbogen und aus all den hoch sich reckenden Linien bricht der brünstige Schrei nach der Gottheit. Die geschnittenen Kalksteinläulen tragen ihn hoch und die letzten ragendsten Spitzen des taumelnden Altars. Und das Chorgefühl ist sein Echo. Verhalten gibt es den Choral zurück.

Hier saß Strylin, nachdem ihn die Mönche gelendet hatten, weil er sich vermaß zu behaupten, er könne etwas noch Schöneres als seinen Flügelaltar im Kloster zu Blaubeuren schaffen, und weil die Blaubeurer Benediktinermonache neben dem Altar ihres Klosters etwas Vollendetes nicht dulden wollten.

So ward Künstlerfalsch bestraft. Das zergrünte Gesicht des Mai, des Stammvaters Christi, soll Strylin in den lichtlosen Tagen seiner Gefangenschaft im Kloster in das Chorgefühl geschnitten haben.

Aber vielleicht ist das nur eine Sage aus dem sagenreichen Schwabenland.

Durch die Spitzbogenfenster des Kreuzganges fallen die bunten Lichter des Tages. Die Sonne zittert über den feuchten Fußboden, streicht verflochten über die dicken Wände, spielt durch das Laub der Kastanien hindurch mit dem Wasser des uralten Brunnens, an dem Mädchen mit Bübentöpfen und kurzen Kleidchen sitzen.

Bis heraus zu den Felsen dringt das Rauschen des Wassers aus dem Blautopf. Bis hier heraus dringt seine Röhle, während die Hitze des Sommermittags über die Felsen flimmert.

In großen Bogen fließt die Blau durch grüne Wiesen um die Stadt herum und um den Rud, hart vorbei am Aufenschloß, das auch heute noch drohend zum niedrigen Rud herübersteht. Und die Blau narnt: „Nimm dich in acht, Rud, daß dich der Rus nit ertrud!“

Wie graues Blei glänzt der Rehgerfels. Schillernde Elbellen schwärzen drüber hin.

Man könnte denken . . .

Von Knusp.

Am Potsdamer Platz, vor dem Café „Waterland“, umweht der Strohdampfbalgestelle, ist an einem Baume mit Reihnägeln ein Zettel geheftet, auf dem, mit Maschinenschrift geschrieben, ungefähr das Folgende zu lesen ist:

„Junges, alleinstehendes Mädchen, berufstätig, verlor am 3. d. M. auf dem Wege von der R. . . Straße nach der P. . . Straße ein kleines, grünes Damenportemonnaie mit 28 Reichsmark. Da diese Summe für die Verliererin einen großen Wert darstellt, wird der ehrliche Finder gebeten, den Fund gegen Belohnung in der R. . . Straße Nr. . . bei L. abzugeben.“

Dieser Zettel befindet sich schon einige Wochen an dem Baume und man muß daraus schließen, daß sein Appell an einen ehrlichen Finder ohne Erfolg gewesen ist. Es ist anzunehmen, daß das Portemonnaie von einem anderen armen Erdenbürger gefunden worden ist; der frag war, so unermüdet einiges Geld, ohne es durch schwere Arbeit verdienen zu müssen, in seinen eigenen Beutel tun zu können und vielleicht schon ein Paar Schuhe oder irgend einen anderen notwendigen Gebrauchsgegenstand dafür gekauft hat. Das ist — selbst an der eigenen Not gemessen — gewiß nicht richtig gehandelt, aber — es ist zu verstehen. Die Not dieser Zeit macht selbst Engel zu Galgenvögeln. Aber: am Potsdamer Platz, besonders vor dem Café „Waterland“, sind immer genügend „keine Leute“, beiderlei Geschlechts, anzutreffen, deren Portemonnaies und Briefschaften schwanger sind von der Fülle solider Hundertmarkcheine. Und von diesen „keinen Leuten“ werden viele den an dem Baume gehefteten Zettel gelesen haben, den Raschrei einer kleinen Kantorkistin. Und man könnte denken, daß sich eine oder einer von den sonst so feinen Damen und Herren den Namen und die Adresse der Verliererin gemerkt und ihr — unversehens — einen Ersatz für die verlorene Summe zugesandt hätte. Das wäre für die Geduldsche des Adressiers ein Floßlicht, für die Empfängerin beinahe eine Lebensrettung geworden. Daß so etwas vor sich gegangen wäre, könnte man denken. Aber wenn man das denkt, dann hat man — fürchte ich — falsch gedacht.

Geheimnisse der Südeiseln. Eine wissenschaftliche Expedition, die vor 14 Monaten auf der britischen Segelbarke St. Georg von England abfuhr, ist jetzt nach einer Fahrt von 25 000 Kilometer in den letzten sechs Monaten bei Balboa in Panama glücklich gelandet. Die Reisenden hatten sich zur Aufgabe gestellt, einige geheimnisvolle Südeiseln zu erforschen, und über die Ergebnisse ihrer Fahrt wird noch strenges Stillschweigen bewahrt. Immerhin sind einige Nachrichten bereits nach London gelangt und werden in den dortigen Blättern mitgeteilt. Unter den Teilnehmern befanden sich zwei Frauen, die Leiterin der Insektenabteilung des Londoner Zoo Mrs. Cheeseman und eine andere Naturforscherin Mrs. Longfield. Die Barte hat u. a. die Osterinseln, die Cook-Inseln, Lokiti, die Marquesas, auf denen noch Menschenfresser haufen, die Galapagos und die Azoren besucht und auf all diesen Inseln die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Ueberreste alter Kulturen genau erforscht. Man fand im Stillen Ozean eine noch unbekannte

Insel, die merkwürdige Feinszeichnungen, uralte Tonfischerben und andere Zeichen einer früheren Kultur aufwies. Man glaubt, daß diese Insel einstmals der Teil eines untergegangenen Kontinents war. Es sind auch Spuren dafür gefunden worden, daß Seeräuber auf dieser Insel sich niedergelassen hatten. Eine andere Entdeckung der Expedition ist die eines geheimnisvollen Volkes, das auf einer Insel der Südpazifik wohnt und von Biratan aus der Zeit der Königin Elizabeth abstammen soll.

Der „Hafenfall“. Aus Cooksville in Tennessee wird gemeldet: In dem Verfahren gegen den Lehrer John Scopes, der wegen Behrens der Darwinischen Entwicklungstheorie in Anklagezustand versetzt wurde, hat der Anwalt des Angeklagten an das Bundesgericht das Ersuchen gestellt, den Behörden des Staates Tennessee die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu unterlassen. Das Ersuchen wurde abgelehnt mit der Begründung, daß kein Anlaß zu einem Eingreifen in das schwebende Verfahren vorliegt. Die Verhandlung in diesem hier allgemein als „Hafenfall“ bezeichneten Prozeß soll demnach am 7. Oktober stattfinden. Der Fall erregt in weitesten Kreisen um so größeres Aufsehen, als die Verfolgung in den Händen des früheren Präsidentenstandsbanditen Bryan liegt, der als Gegner der Abstammungslehre bekannt ist.

Die ersten Eisenbahnsignale. Bei der Jahrhundertfeier der Eisenbahn beschäftigt man sich auch mit der Erfindung der einzelnen Dinge, die zum Betrieb der Eisenbahn notwendig waren. Das noch heute bei der Ehenbahn übliche Signalfystem wurde durch einen Streckenwächter erfunden, der — wie auf den ersten Eisenbahnstrecken allgemein — den Zügen mit der Hand Signale gab. Diese ewigen Armbewegungen waren ihm zu langweilig, und so verfertigte er sich einen Apparat, der aus zwei gekreuzten Stäben bestand, die an einer Schur herunter gezogen werden konnten. Wenn er an der Schur zog, kamen die gekreuzten Stäbe in eine horizontale Lage, und dadurch erhielt der Lokomotivführer das Zeichen, daß die Straße frei sei. Diese Idee wurde dann zu einem ganzen Signalfystem ausgebaut. Das Durchziehen der Billettis wurde ebenfalls von einem Kontrolleur eingeführt, der sich dabei langweilte, die Namen der einzelnen Reisenden auf die als Billett verwendeten Papierstücke zu schreiben. Er nahm daher eine alte Maschine, die zum Reparieren von Schuhen diente, und machte mit ihr Löcher in das Papier. Später ließ er sich diesen Lochungsapparat patentieren.

Cuigi Brandellos neues Bühnenwerk, die Tragödie „Das Leben, das ich Dir gab“, wurde vom Renaissance-Theater erworben. Die Uraufführung findet in der Anlageierung von Theodor Lager in der ersten Hälfte in der kommenden Spielzeit statt.

Eine sibirische wissenschaftliche Gesellschaft. Von einer bisher kaum bekannten „Sibirischen wissenschaftlichen Gesellschaft“ in China gibt eine jetzt von ihr herausgegebene Publikation Kunde. Die Vereinigung ist 1914 von sibirischen Studenten in den Vereinigten Staaten gegründet worden, ist seitdem ständig gemacht und zählt jetzt mehr als 700 Mitglieder. Die Regierung hat ihr ein Laboratorium für biologische Studien eingerichtet; jetzt betreibt sie die Schaffung eines physikalischen Instituts in Schanghai. In jedem Sommer findet eine Zusammenkunft statt; es bestehen Ausschüsse für die wissenschaftliche Vorbereitung der Chinesen und für die sibirische wissenschaftliche Terminologie, sowie ein monatlich erscheinendes Organ.

Schluß der Aufwertungskämpfe im Ausschuß. Ein sozialdemokratischer Teilerfolg.

Am Dienstag hat der Aufwertungsausschuß des Reichstages die zweite Lesung des Anleiheaufwertungsgesetzes beendet und damit, abgesehen von einer vorbehaltenen nochmaligen Durchsicht seiner Beschlüsse, seine Arbeiten zum Abschluß gebracht. In dieser letzten Sitzung erzielten unsere Genossen noch einen erheblichen Erfolg, der zwar ihren Forderungen nicht voll entspricht, aber bewies, daß sie auf dem rechten Wege waren. Der Vorstoß des Gen. Keil in der Montagssitzung gegen die Aufwertung des von der Spekulation zu tausendstel Goldpfennigen erworbenen Reubefehls bewirkte, daß die Regierungsparteien im letzten Moment noch mit dem Antrag kamen, die ganze Umwandlung der öffentlichen Anleihen nicht zu 5 Proz., sondern nur zu 2½ Proz. vorzunehmen. Da durch ein kompliziertes Umrechnungsverfahren der Aufschlag gegen jeden Nachteil, der sich aus dieser Herabsetzung des Umwandlungsfußes ergeben könnte, geschützt wird, hat der Antrag die Folge, daß lediglich der Reubefehl von ihm betroffen wird. Die 50 Milliarden Mark Reubefehl, die noch im Umlauf sind, werden also nicht zu 2½, sondern zu 1¼ Milliarden Ablosungsanleihe umgewandelt. Verzinst und getilgt wird diese Anleihe in den nächsten Jahrzehnten nicht, aber sie gewährt der Phantastie einen gewissen Spielraum. Unsere Genossen Keil, Dr. Leber und Dr. Duesel legten daher in heftigem Redekampfe noch einmal dar, daß das einzig Vernünftige die völlige Streichung des Reubefehls sein würde. Soweit reichte der Mut der Regierungsparteien aber nicht, sie blieben auf halbem Wege stehen. Was den Aufschlag betrifft, so klebt es dabei, daß er zu 12,5 Proz. des alten Nennbetrages ausbleibt und dabei der bis zum Auslosungstag angesammelte Zins von 4,5 Proz. ausbezahlt wird. Beseitigt wurde noch, daß nicht nur ein Betrag von 1000 M., sondern schon ein solcher von 500 M. an der Umwandlung teilnimmt. Diese Änderung hat in Verbindung mit dem neuen Umwandlungsmahßstab von 2,5 Proz. zur Folge, daß nun eine Ablosungsanleihe in Kleinstücken von 12,50 M. ausgegeben werden muß, eine lächerliche Lösung, die, wie unsere Genossen zeigten, leicht vermeidbar gewesen wäre. Kleine Verbesserungen erfuhr auch die Vorarbeiten über die Vorkaufszinsen. Schließlich legten unsere Genossen mit 11 gegen 50 Stimmen noch den Antrag durch, daß die Parabfindung der Befehle von Anleihe im Gesamtbetrag von weniger als 1000 M. nicht von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wird.

Die Beratung der Aufwertungsunterlagen im Plenum dürfte am Freitag beginnen.

Ausbau der Angestelltenversicherung. Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Der soziale Ausschuß des Reichstages ist gestern in die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ausbau der Angestelltenversicherung eingetreten. Die Genossen Kaufhäuser und Hoch begründeten einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die bisherige Ermächtigung des Reichsarbeitsministers, die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht jeweils festzusetzen, beseitigt wird. Gleichzeitig wird die Gehaltsgrenze auf 8400 M. Jahresarbeitsverdienst festgesetzt. Nach zweistündiger Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag mit Unterstützung der Volks-, Kommunisten und Demokraten gegen die Regierungsparteien angenommen.

Es wurde weiter eine Änderung des § 22 des ABG. beschlossen, durch die die freiwillige Selbstversicherung, die bisher nur für die Ubergangszeit vorgesehen war, erheblich erleichtert und erweitert wird. Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind künftig bis zum vollendeten 40. Lebensjahr berechtigt: die in § 1, Abs. 1 aufgeführten Angestellten, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst die Grenze der Versicherungspflichtigkeit übersteigt, 2. selbstständige Personen, die eine der in § 1 genannten ähnliche Tätigkeit ausüben.

Aus dem Zollausschuß.

Der zurechtgestauchte Syndikus!

Ein Zwischenfall, an sich nicht bedeutend, aber für die ganze Situation überaus charakteristisch: der junge deutschvolksparteiliche Abg. Hoff, seines Zeichens Syndikus eines Textillagerens, schlug eine schneidige Klinge für den Hochschutzzoll auf Textilien. Er möchte noch mehr als die Regierung bietet, angeblich weil die Wirtschaft es so fordert. Die sozialen Folgen, von denen die Opposition gesprochen hat, sind seines Erachtens gar nicht so schlimm. Der Herr versetzte sich darauf, daß Krählig ihm später sagte, seine Rede habe geklungen, als ob die Konsumenten nach der Einführung der neuen Zölle noch bares Geld zur Ware mitbekämen. Der Redner der Volkspartei sprach zwanzig Minuten. Der Kommunist Rosenfeld, der schon einmal recht spitzig werden kann, dankte Herrn Hoff dafür, daß er endlich aus der Reserve herausgetreten ist und eine Ergänzung der Begründung lieferte, die von der Regierung gar zu spärlich gegeben worden ist. Effekt: Zwei Herren der Regierungsparteien, darunter selbstverständlich der unvermeidliche Abg. Schneider stürzten auf Hoff und redeten erregt auf ihn ein. Sie „stauchten“ ihn zurecht. Es war, wie man im ganzen Ausschuß deutlich bemerkte,

eine recht stürmische Auseinandersetzung.

Aber sie hatte Erfolg. Die hoffnungslosen Anfänge einer bewegten Aussprache, d. h. einer Argumentation für und wider wurden im Reime zerstückelt. Die Regierungsparteien hielten es für klüger, fürherhin wieder zu schweigen.

In der weiteren Debatte über die Artikel Wolle und Baumwolle und damit verbandte Artikel zerpflückten die sozialdemokratischen Redner Krählig, Buchwih, Kohle und Frau Dr. Stegmann die Begründung der Regierung. Einen Eindruck machte das auf die Regierungsparteien nicht. Die Anträge auf Zollfreiheit und später die Eventualanträge gegen die Erhöhung der Zölle über das jetzt gültige Maß hinaus verliefen der Ablehnung. Fortsetzung der Debatte Mittwoch vormittag. Tagesordnung: Gruppe Chemie.

Finanzausgleich — Hauszinssteuer.

Heftige Zusammenstöße im Steuerausschuß.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Debatte über den Finanzausgleich bei § 7 fortgesetzt. Dieser Paragraph sieht vor, daß am 1. April 1927 Länder und Gemeinden durch ein Reichsgesetz das Recht der Zuschläge erhalten. Vor Erlaß des Gesetzes sollen gewisse Unterlagen über die Veranlagung, die Bewertung von Vermögen, sowie die Einnahmen und die Ausgaben von Ländern und Gemeinden vorliegen. Dazu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der den endgültigen Finanzausgleich vom 1. April 1927 ab vorsieht, und zwar ohne Verpflichtung auf die Zuschläge. Der Antrag wird abgelehnt und § 7 in der Vorlage der Regierungsparteien angenommen.

Beim § 8, der die Verpflichtung der Länder und Gemeinden festlegt, regelmäßig Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben an die Finanzbehörden zu erstatten, beantragen die Sozialdemokraten die Einfügung der Worte „zum Zwecke der Herstellung von Einnahme-Übersichten“. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Bestimmung von den Finanzbehörden nicht dazu mißbraucht werden darf, eine neue Kontrollinstanz über die Gemeinden aufzurichten. Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen und damit der § 8.

Der Ausschuß beginnt sodann den Teil der Vorlage über den Finanzausgleich, der sich mit der Hauszinssteuer beschäftigt. An Stelle der Regierungsvorlage liegen zwei Anträge der Re-

Kein Selbstmord Höfles.

Professor Lewin gegen die Legenden.

Unter starkem Andrang von Zuhörern, namentlich aus ärztlichen Kreisen, fand gestern abend im Höfles-Ausschuß des Landtags die mit Spannung erwartete Sitzung statt, in der die beiden vom Ausschuß benannten Sachverständigen Professor Lewin und Professor Joachimoglu ihre Schlusssutachten über die Ursachen des Todes Höfles abgeben sollten.

Als erster hielt der greise, weltberühmte Toxikologe Professor Lewin einen fast zweistündigen Vortrag, in dem er von dem ursprünglichen Gesundheitszustand Höfles ausging. Er betonte, daß Höfles ein schwer herzkranker Mann gewesen sei, was zwar der ihn zunächst vertretungsweise behandelnde Gefängnisarzt Dr. Straßmann Jr. richtig erkannte, hingegen Dr. Thiele verkannt hätte. Diese schwere Herzkrankheit sei übrigens durch den anatomischen Obduktionsbefund bestätigt worden. Trotz dieser Herzkrankheit seien von Dr. Thiele schwere Schlafmittel peroriert worden. Darüber hinaus hätte infolge mangelhafter Kontrolle durch den Arzt und aus laienhafter Gutmütigkeit der Pfleger eine Verabreichung von Schlafmitteln stattgefunden, die weit über die ärztlichen Verordnungen hinausgegangen wäre, es hätte ein „unbezählfes Morphetendertum mit narzotischen Mitteln“ eingegeben.

So sei durch die dauernde Zuführung legaler und illegaler Schlafmittelmengen Höfles in einen Zustand geminderten Bewußtseins geraten, der sich in der letzten Woche vor seinem Tode infolge der Kumulation durch bestimmte, klassische Symptome geäußert hätte: taumelnden Gang, Sehstörungen, Alergie (Unfähigkeit zu lesen), Agraphie (Unfähigkeit zu schreiben) und völlige Verstopfung der Harn- und Darmröhre. Diese Symptome hätten sich nicht jääh, also nicht von einem bestimmten Zeitpunkt an, sondern stetig wachsend entwickelt. Das wies Professor Lewin an der Hand der Zeugenaussagen über jeden Tag der kritischen Woche nach.

An dieser Stelle seiner Ausführungen wandte sich der Sachverständige sehr deutlich gegen die Zeugenaussage des Oberstaatsanwalts Linde, der noch am 18. vormittags mit Höfles gesprochen haben will, während er am Tage zuvor auf andere Zeugen den Eindruck machte, als wäre er „sozusagen tot“ und als das Krankenblatt verzeichne, daß er einen „zerstörten Eindruck“ mache. Der Sachverständige erklärte, daß ihm diese Darstellung des Oberstaatsanwalts, die im Gegensatz steht sowohl zu allen anderen Zeugenaussagen wie auch zu seiner toxikologischen Überzeugung „eigentlich schreiend“ sei. Er hätte tagelang versucht, eine Brücke zwischen diesen gegensätzlichen Auffassungen zu bauen, müsse aber gestehen, daß ihm dies nicht gelungen sei. Die einzige Möglichkeit, nämlich eines plötzlich wechselnden Zustandes, eines vorübergehenden Lichtblicks müsse er leider als unwahrscheinlich bezeichnen.

Sodann polemisierte Professor Lewin zum Teil sehr scharf gegen die im Zuhörerraum anwesenden Mitunterzeichner des Obduktionsgutachtens Dr. Störmer und Dr. Ripper, die, indem sie in

gierungsparteien vor, die der Beratung zugrundegelegt werden.

Genosse Silber Schmidt kritisierte eingehend die beiden von den Regierungsparteien vorgelegten Anträge. Es sei ein sehr eigenartiges Verfahren, daß die Regierungsvorlage stillschweigend zurückgezogen und durch völlig veränderte Anträge der Regierungsparteien ersetzt werde. Der Opposition werde dadurch die Arbeit außerordentlich erschwert. Er beantrage deshalb die Beratung über die Hauszinssteuer solange auszusetzen, bis eine schriftliche Begründung der Anträge der Regierungsparteien vorliege, die so in Wirklichkeit eine Regierungsvorlage darstellen. Er begründete ferner den folgenden Antrag:

Die Reichsregierung zu ersuchen

1. dem Ausschuß sofort eine Aufstellung vorzulegen über die Höhe der Miete in den einzelnen Ländern, über die Höhe und den Betrag der Mietzinssteuer in den einzelnen Ländern und über ihre Verwendung

- a) für den allgemeinen Finanzbedarf,
- b) für die Förderung des Wohnungsbaues;

2. zur Beurteilung der Auswirkungen der beabsichtigten sprunghaften Erhöhung der Mieten ist eine verantwortliche Stellungnahme der Reichsregierung herbeizuführen zu folgenden Fragen:

- a) die Einwirkung der Mietpreissteigerung auf Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft,
- b) die Einwirkung erhöhter Löhne auf die Preisentwicklung, die Produktionskosten, die Absatzverhältnisse und die allgemeine Handelspolitik,
- c) die Einwirkung der Mietpreissteigerung auf die Gehälter und Löhne der in öffentlichen Diensten Beschäftigten,
- d) die Einwirkung der Mietpreissteigerung auf die sozialen Renten und Fürsorgebeiträge,
- e) die Wirkung aller dieser Maßnahmen auf die Währungsverhältnisse.

In einer Nachmittagssitzung beschäftigte sich der Ausschuß zunächst mit der Frage der Gemeindegetränksteuer. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Getränkesteuern aufzuheben, wurde abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag, die Gemeindegetränksteuer auf Mineralwasser aufzuheben, angenommen. Bei der Beratung der Wertzuwachssteuer wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Gemeinden verpflichtet, eine Wertzuwachssteuer zu erheben.

Barmat und Richter.

Neue Vernehmung des früheren Polizeipräsidenten.

Am Dienstag wurde der ehemalige Berliner Polizeipräsident Richter vor dem Barmat-Ausschuß des preußischen Landtages nochmals vernommen. Ein wesentlicher Teil der Vernehmung war nicht öffentlich, weil u. a. auch Familienangelegenheiten zur Sprache kommen sollten. Dieser Umstand hat offenbar dazu geführt, daß aus der Sitzung von bürgerlicher Seite Nachrichten verbreitet worden sind, die keineswegs den Tatsachen entsprechen.

Richtig ist allein, daß der ehemalige Polizeipräsident, der seit einiger Zeit leidend ist, zu Beginn der Vernehmung einen Anfall erlitt, der ihn auf einige Zeit verhinderte zu sprechen. Die Sitzung wurde deshalb auf kurze Zeit unterbrochen. Später schilderte Richter nochmals eingehend seine freundschaftlichen Beziehungen zu Barmat und wies nach, daß diese rein familiärer Natur waren und mit Geschäftlichen nicht das mindeste zu tun hatten. Er konnte nachweisen, daß bei zwei Gelegenheiten — den einzigen nebenbei —, bei denen Barmat verhaftet hat, seine Freundschaft mit Richter für geschäftliche Zwecke auszunutzen, er auf schärfste Ablehnung durch Richter gestoßen ist.

Von verschiedenen Ausschußmitgliedern, namentlich dem deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold, wurde u. a. mehrfach der Versuch gemacht, intime Familienangelegenheiten in den Kreis der Ausschussberatungen zu ziehen. Das löste jedoch selbst bei einigen seiner Freunde Mißbehagen aus.

Im sächsischen Landtage teilte Justizminister Wünger den Beschluß des Gesamtministeriums mit, den früheren Ministerpräsidenten Zeigner Ende August bedingt zu begnadigen.

ihrem Gutachten auf absichtlichen Selbstmord geschlossen hätten.

Ihre Kompetenz überschritten

hätten; es sei ihnen nicht gestattet gewesen, kategorisch zu sagen, es liege eine absichtliche Selbsttötung vor. Das sei eine vorläufige Schlussfolgerung gewesen, die zu einer — wenn auch unablässigen — Erforschung der öffentlichen Meinung geführt hätte.

Lewin polemisierte sowohl mit ärztlichen wie auch mit psychologischen Argumenten sehr eingehend gegen die Selbstmordtheorie, die er als einen Versuch mit untauglichen Mitteln bezeichnete. Uebrigens habe Dr. Störmer seine ursprüngliche kategorische Annahme der bewußten Selbsttötung vor dem Ausschuß am 6. Juli selbst korrigiert. Des weiteren tabelte er sehr scharf das toxikologische Gutachten Dr. Rippers, das infolge seiner Leiden „nicht den geringsten Wert“ hätte. Am Falle Höfles finde man Fatalitäten über Fatalitäten: Bei manchen Zeugen verlasse die Erinnerung; eine Partie Harn sei unauffindbar; das Harngefäß solle um; das chemische Gutachten übergehe wichtige Untersuchungen. Der Sachverständige machte bezüglich des Tabellenfundes im Bette Höfles die aufsehenerregende Andeutung, daß er an diesen Fund nicht recht glaube und daß der Umflog von irgendjemandem hineingehoben worden sein könnte, als man Höfles an dem Nachmittage des 18. in völlig bewußtlosem, sterbendem Zustande vorfand.

Zusammenfassend kam Professor Lewin zu dem Schluß, daß Höfles heute noch am Leben wäre, wenn der Arzt als Depostitor der Staatsgewalt sich um ihn ordnungsgemäß gekümmert hätte. Höfles sei

nicht durch Selbstmord geendet,

weder durch einen bewußten Selbstmord noch durch eine Selbsttötung unter Ausschluß der freien Willensbestimmung. Auch hätte sein Herz- und Lungenleiden nicht ausgereicht, um das tödliche Ende herbeizuführen, sondern er sei

an den Einflüssen unüberwacht verabreichter Narzotika zugrunde gegangen.

die in langer Nachwirkung die Weiterarbeit des Herzens unterbunden hätten.

Sodann ermittelte Professor Joachimoglu, der auf Antrag der Deutschnationalen vom Ausschuß als zweiter Gutachter hinzugezogen worden ist, in etwa 20 Minuten sein Gutachten. Er kam im Gegensatz zu Professor Lewin zu dem Schluß, daß Höfles am 18. April größere Mengen Narzotika selbst eingenommen haben müsse, in welcher Absicht, lasse er dahingestellt. Er suchte im übrigen Dr. Thiele zu entlasten und alle Schuld auf die Pfleger zu schieben, die ihm ungläubig erschienen, während der „erfahrene Staatsanwalt“ Linde — trotz seiner mit allen sonstigen Betundungen in Widerspruch stehenden Aussage — sein Kronzeuge ist. Nach den zweieinhalbstündigen hiergegenüberigen Ausführungen Lewins machte das nur sehr oberflächliche Gutachten Joachimoglus fast gar keinen Eindruck.

Skandal.

Am 9. Mai dieses Jahres begaben sich drei Kriminalpolizeibeamte nach Köpenick, um in der Wohnung unseres verantwortlichen Redakteurs Genossen Reuter eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Reuter und seine Gattin waren abwesend, der Wohnungsschlüssel befand sich in den Händen einer Nachbarin. Als die Beamten hieron erfahrend hatten, verlangten sie von dieser Frau die Herausgabe des Schlüssels, da sie sonst die Wohnung gewaltsam öffnen müßten. Sie erhielten den Schlüssel und durchsuchten den Schreibtisch Reuters. Der Nachbarin teilten sie mit, daß gleichzeitig aus demselben Anlaß, der sie in Tätigkeit gesetzt habe, eine Durchsuchung im Redaktionszimmer Reuters stattfinde. Dort erschien tatsächlich etwa zur gleichen Stunde ein Kriminalpolizeibeamter, der aber nur nach Reuter fragte und sich nach Erteilung der Auskunft, daß er verreist sei, wieder entfernte.

Am 11. Mai fanden sich auch in der Redaktion des „Vorwärts“ drei Kriminalpolizeibeamte ein, die den Schreibtisch Reuters durchsuchten.

Nach der letzteren Maßnahme verlangte Reuter unter dem 11. Mai vom Berliner Polizeipräsidenten unter Berufung auf § 107 RStPD., der ihm ein Recht auf Erfüllung seiner Forderung gab, Mitteilung des Grundes der Durchsuchung und Bezeichnung der ihm etwa zur Last gelegten strafbaren Handlung sowie die Erteilung einer Befehinigung, daß nichts gefunden worden sei. Am 19. Mai ließ ihn das Polizeipräsident wissen, daß sein Antrag an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht I abgegeben werde. Am 11. Juni erinnerte Reuter diesen Beamten an die Beantwortung seines Schreibens. Am 1. Juli hat er endlich Befehin erhalten. Was hat danach zu dem Aufgebot von sieben Polizeibeamten geführt?

Am 14. März hatte der deutschnationale Landtagsabgeordnete Herr von Kries unseren Genossen Reuter um Abdruck einer Berichtigung erucht, die dieser mit Recht zu veröffentlichen ablehnte, weil sie den pressegesetzlichen Anforderungen nicht entsprach. Herr von Kries stellte wegen der Zurückweisung seines Ersuchens Strafantrag. Eine Abschrift seiner Berichtigung jagte er nicht bei. Es war der Staatsanwaltschaft also gar nicht möglich, zu beurteilen, ob die Unterlassung der Wiedergabe der Berichtigung eine Straftat war und sie hatte allen Anlaß, ein Einschreiten abzulehnen. Statt dessen scheint sie (der Befehid des Generalstaatsanwalts sagt hieron nichts) beim Amtsgericht Berlin-Mitte die Anordnung einer Durchsuchung nach dem Kriesischen Schreiben beantragt zu haben. Am 25. April beschloß jedenfalls dieses Gericht die Durchsuchung, weil das von dem Berichtigten dem Beschuldigten überhandte Berichtigungsschreiben als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sei. Aus diesem Beschluß gingen die beiden Durchsuchungen hervor.

Eine nach Ansicht des Gerichts unberechtigte Weigerung, die Kriesische Berichtigung abdruckten, hätte im Höchstfalle mit Reuters Beurtteilung zu 150 M. Geldstrafe enden können.

Und nun noch eine bemerkenswerte Tatsache: Reuter hatte sich vor den Durchsuchungen der Polizei gegenüber zur Ueberschuldung einer Abschrift der Kriesischen Berichtigung bereit erklärt!

Wir stehen nicht an, das gegen Reuter eingeschlagene Verfahren einen Stand zu nennen. Daß das Verhalten Reuters strafbar war, stand nicht fest. Durch die Annahme seines Angebots hätte man sich leicht ein Urteil über diese Frage verschaffen können. Man zog es aber vor, wegen einer ausgefuchten Lappalie sieben Polizeibeamte zu bemühen (in der Vera der Sparfameit) und zwei Durchsuchungen anzuvordnen!

Billigt der Herr Justizminister das Vorgehen der ihm unterstellten Behörden, das in gleichem Maße von zarter Rücksichtnahme gegen Herrn von Kries wie von schwerer Rücksichtslosigkeit gegen unseren Genossen Reuter und die Presse ist?

Die deutsche Liga für Menschenrechte protestiert in einem Telegramm an die Sowjetregierung gegen die Todesurteile, wobei sie darauf hinweist, daß sie sich auch gegen die Urteile des Leipziger Reichsgerichtes gewandt hat.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Empfehlung zum Durchfall.

Was die Berliner Metallarbeiter wissen müssen.

Auf dem letzten Bezirksparteitag der KPD wurde auch unter anderem über die Gewerkschaftsarbeit der KPD berichtet. Der Berichterstatter Kasper besaßte sich dabei insbesondere mit dem Metallarbeiterverband. Er sagte, daß das Arbeiten der einzelnen Fraktionen in den Gewerkschaften als „hundsmissig“ bezeichnet werden müsse. So kritisierte er, daß von den 2800 kommunistischen Parteimitgliedern, die dem Metallarbeiterverband angehören, nur ein Bruchteil den Versammlungen beiwohne.

Daraus man allerlei Schlüsse ziehen kann. Insbesondere kann man daraus schließen, daß die kommunistische „Aufklärungsarbeit“ derart ist, daß die Mitglieder der KPD die Arbeit in den Gewerkschaften verneinend wird. Man kann hinzufügen, daß sich die KPD die größte Mühe gibt, auch den anderen Arbeitern die praktische Gewerkschaftsarbeit zu verneinend.

Daß es den Kommunisten wenig Freude macht, sich irgendwie noch bemerkbar zu machen, ist schließlich verständlich. Man weiß nie, ob man es nach den immer wechselnden Vorschriften der KPD richtig macht. Auch die Führer der KPD sind vor dem Bannstrahl der neuen Papstin Ruth Fischer von Rostaus Gnaden nicht sicher. So erklärte Ruth Fischer auf diesem Parteitag, daß Rosenberg und Schalem von der Zentrale nicht wieder als Mitglieder der Bezirksleitung vorgeschlagen würden, weil sie an der Linkspolitik festhalten und den neuen Zeitaktus ablehnen.

Es ist an sich ein Verfahren, das außerhalb der KPD kein Recht begreifen wird, wonach die Zentrale bestimmt, wer Mitglied des Bezirksvorstandes sein dürfe. Es ist beinahe überflüssig, zu bemerken, daß der Bezirksvorstand den allerhöchsten Befehl apportierte und daß Rosenberg und Schalem nicht wiedergewählt wurden. Man kann also durchaus verstehen, wenn unter diesen Umständen auch die noch vorhandenen Mitglieder der KPD die Kasse voll haben.

Etwas anderes aber ist es, wenn Rostau sich umgibt, in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einzugreifen und diesen Vorschriften machen zu wollen, wie sie ihre Taktik einzustellen und ihre Kämpfe zu führen haben. Eine solche Einmischung haben die Gewerkschaften immer abgelehnt und werden sie auch immer ablehnen. Wenn Rostau trotzdem durch Bestimmung der leitenden Verhandlungsfunktionäre oder der Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress von hinten herum den Versuch macht, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen und diesen ihre Politik aufzuzwingen, so bleibt den Gewerkschaftsmitgliedern nichts anderes übrig, als von vornherein jedes Mitglied als Vertreter abzulehnen, das sich im Namen der KPD um ein Amt bewirbt. Wenn von den 2800 Mitgliedern, wie Kasper sagte, noch nicht 260 praktisch an der Arbeit im Metallarbeiterverbande mitwirken, und wenn dieses Häuflein Kandidaten aufstellt, die von Rostau sanktioniert sind, dann ist das eine Empfehlung, die jedem gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter, dem es ernst ist um seine Interessen und die seiner Organisation, gleichbedeutend mit dem Grundgesetz: Diese Leute sind nicht zu wählen.

Drohender Streik im Berliner Großhandel.

Die letzten Lohnbewegungen im Berliner Großhandel sind an dem hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Schiedssprüche wurden kurzerhand abgelehnt, Ermahnungen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in den Wind geschlagen.

Der Schlichter bemühte sich vergeblich, die Herren zum Nachgeben zu bewegen. Vom nackten Profitinteresse befeelt, haben sie kein soziales und menschliches Empfinden. Die Hungerlöhne der Handelsabfallsarbeiter, auch der Angestellten, legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Die Funktionäre beschloßen nunmehr, auf beschleunigte Verhandlungen zu drängen und gegebenenfalls mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eine angemessene Lohnenerhöhung durchzusetzen. Abermals erklärten die Arbeitgeber, nicht in der Lage zu sein, höhere Löhne zu bewilligen. Der wahre Grund ist jedoch, daß man glaubt, den Handelsarbeitern alles bieten zu dürfen. Es liegt nicht am Können, sondern nur am guten Willen der Unternehmer. Die Lohnsätze sind im Großhandel seit längerer Zeit wesentlich niedriger als in allen verwandten Gewerbebezügen; das ist den Arbeitgebern hinlänglich bekannt, denn in jeder Verhandlung wurde von den Organisationsvertretern eindringlich auf dieses schreiende Mißverhältnis hingewiesen. Es liegen nunmehr für die Fachgruppen Textil, Leder und Schuhe, Fele und Fette, Chemikalien, Glas und Keramik, Eisenwaren, Fournage, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren Schiedssprüche vor, nach welchen die Löhne um circa 12 Proz. erhöht werden sollen. Eine Vollversammlung hat beschloßen, falls die Schiedssprüche von den Arbeitgebern abgelehnt werden, in allen Betrieben über den Streik abzustimmen. Die Abstimmung hat sofort zu erfolgen, das Resultat ist umgehend dem Bureau des Deutschen Verkehrsbundes zu übermitteln. Beharren die Arbeitgeber auf ihrem ablehnenden Standpunkt, ist ein allgemeiner Streik unvermeidlich. Der größte Teil der Berufsangehörigen ist für die Sicherung seiner Existenz zum Kampf bereit. Die endgültige Beschlußfassung erfolgt in der am Mittwoch stattfindenden Versammlung.

Der Kohlenarbeiterstreik erfolgreich beendet.

Der Vergleichsvorschlag des Schlichters für Groß-Berlin im Kohlenarbeiterstreik ist mit geringen Abänderungen in der Streikversammlung gestern nachmittag angenommen worden. Der Lohn beträgt demnach ab 26. Juni 92 Pf. pro Stunde für die ständigen Arbeiter. Die Löhne der anderen Arbeiter erhöhen sich in gleichem Verhältnis. Die Parteien wurden sich darüber einig, daß in Zukunft vor einer in Aussicht genommenen Arbeitsniederlegung über die Ausführung von Kohlenarbeiten Verhandlungen geschlossen werden sollen. Alle der Vertragspartei angehörenden Arbeitnehmer werden wieder eingestellt; der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung. Die Arbeit ist gestern früh wieder aufgenommen worden.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

2. Verhandlungstag.

Leipzig, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Bericht des Vorsitzenden H. Brenz schließt sich dem gedruckt vorliegenden Jahrbuch an. Er weist insbesondere auf das Verbrecherische der Spaltung des Verbandes durch die KPD hin. Besonders habe sich der Verbandsvorstand bemüht, seine Auffassung über den Klassenkampf zu umschreiben und als Richtschnur gelten zu lassen. Es ist in den Kämpfen des Tages eine zwingende Notwendigkeit, den engsten Zusammenschluß zu wahren, da die andere Seite uns geschlossen gegenübersteht. Den Verbandstag im Vorjahre abzuhalten war nicht möglich, da die Inflation noch zu schwere Nachwirkungen fühlbar ließ.

Zur Lohn- und Wirtschaftspolitik nahm dann der Verbandstag folgende Entschloßung an:

Der 15. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands stellt mit Genehmigung fest, daß es dank der ausdauernden Tätigkeit aller Verbandsfunktionäre gelungen ist, dem zerstörenden Einfluß der Inflationstheorie auf die Organisation Einhalt zu gebieten, die alte gewerkschaftliche Schlagkraft des Verbandes wieder

zugewinnen und die Bestrebungen des organisierten Unternehmers zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich abzuwehren. Der Verbandstag sieht es als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft an, diese gewerkschaftliche Zubeharheit fortzusetzen. Dieses ist um so mehr notwendig, da das organisierte Unternehmertum alle Kraft daraneht, seinen Macht einfluß im Staat und Wirtschaft zu erweitern, sich zum Alleinherrschenden zu machen. Herabsetzung und Niedrighaltung der Löhne, insbesondere der der ungelerten Arbeiter, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Sozialpolitik und aller jener Einrichtungen, die in Wirtschaft und Staat zum Wohle der Arbeiterklasse getroffen sind, völlige Ausschaltung des gewerkschaftlichen Einflusses bei der Regelung der Arbeitsbedingungen; das sind die Forderungen, die von den Klassenkampforganisationen des deutschen Unternehmers in ihren zahlreichen öffentlichen Kundgebungen und vertraulichen Kundschreiben aufgestellt sind. Ihrer wirtschaftlichen Macht ist es, zum Schaden des gesamten deutschen Volkes, gelungen, Staat, Regierung und große Teile der öffentlichen Meinung ihren klassenegoistischen Zwecken dienstbar zu machen.

Der Verbandstag sieht in diesen Bestrebungen die Gefahr der völligen

wirtschaftlichen und sozialen Verflawung der Arbeiterklasse

und das große Hindernis ihres kulturellen Aufstieges. Als wirksamsten Schutz gegen diese Gefahren erkennt der Verbandstag die organisatorische Stärkung des Verbandes, die es ermöglicht, die weitere dringende notwendige Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung vorwärts zu treiben und die Auswüchse einer unsocialen Herrenmoral zu beseitigen. Der Verbandstag verlangt von allen Verbandsfunktionären und Verbandsmitgliedern als wichtigste Pflichterfüllung, mit aller Energie für die Organisation zu werden und die noch abseits stehenden Arbeitskollegen und -kolleginnen als Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zu gewinnen.

Dann folgten die Berichte des Hauptkassierers und der Redaktion des Verbandsorgans. Die Präsenzliste ergab 151 Delegierte. Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Verstärkte Aussperrung in Baden.

Freiburg, 7. Juli. (Rif.) Der Verband badisch-schwäbischer Zimmermeister und der Landesverband der Gipser- und Studenmeister in Baden und der Pfalz haben sich mit dem Deutschen Arbeitgeberverband Badens für das Baugewerbe solidarisch erklärt und beschloßen, die Aussperrung in ihren badischen Betrieben ebenfalls zur Durchführung zu bringen. (Die anderen Bauarbeiter sind bereits seit dem 1. Juli ausgesperrt.)

Verband der Gerab- und Steinarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Gos- und Hahnenstraße, Donnerstag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Ritters Feilsen, Weberstraße 12, Ballermannsamlung oder in den Betrieben der Gos- und Hahnenstraße Arbeiter, Tagesordnung: Stellungnahme zu weiterer Lohnbewegung. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiter, zu erscheinen.

Die Frauenleitung, Deutscher Verkehrsband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Sektion I (Handel und Industrie), Mittwoch, den 8. Juli, abends 6 Uhr, im Prescher Kohn, Dresdener Str. 96, allernächste Bergmannsplatz, Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung. Alle Berufsangehörigen sind hiermit eingeladen. In Anbetracht der ersten Situation darf niemand fehlen.

Kugelstich der Selbstschneidfabriken und Bauhelferinnen, Donnerstag abends 7 Uhr in Papierhand Feilsen, Neue Friedrichstraße Ecke Köhler, allernächste, Brandenburgeramlung, Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarifverhandlungen; 2. Verhältnisse. Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. Duteb. P.W. 2. 204.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Gatenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schilwell; Kulturelle und Sportliche: Fein Karst; Anzeigen: Th. Gluck; Literarisch in Berlin: Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlagsgesellschaft, Berlin, Unter den Eichen 10. Hierin 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Damenkleidung

Crépe- oder Frottékleider	statt 12.50—25.00	für	6.90
Seidene Jumperblusen	statt 25.00—40.00	für	14.50
Seidene Kleider	statt 35.00—65.00	für	24.00
Jackenkleider	Gabardine oder Rips statt 85.00—200.00	für	59.00
Damenhüte	elegant garniert	statt 18.00—35.00	für 9.75

Kleiderstoffe

Frotté gestreift, gute Qualität, 100 cm breit.....	Mtr.	1.15
Bedruckt Voile vorzügl. Qualität, 100 cm breit.	Mtr.	1.45
Reinwollener Kammgarnserge vorzügl. Qualität, in sparten Streifen	statt 3.00 Mtr.	1.65
Reinwoll. Rips-Jacquard elegante Kleiderware 130 cm breit.....	statt 9.00 Mtr.	4.80
Crépe Marocain Halbeide buntfarbig bedruckt, 100 cm breit.....	Mtr.	3.90

Kinder-Kleidung

Dirndl-Kleider ausgeblühtem Waschstoff	Lg. 45—60	65—80	85—100 cm
	2.25	3.25	4.25
Mädchenblusen Kanakform, aus marine-weiß, gepunkt. Waschst.	Größe 60—80 cm	Größe 85—100 cm	
	2.75	3.90	

Wirkwaren

Herrn-Socken mode, grau mit farbigen tamb. Längsstreifen	0.95
Herrn-Netzjackets Mittelgr.	0.85
Damen-Sportwesten Reinwolle, fein gestreift, farbig..	7.75

Schuhwaren

Spangen-Schuh für Damen, grau Segelleinen.....	4.90
Spangen-Schuh für Damen, schwarz Chevrete, mit grau. Soletache besetzt.....	9.50
Spangen-Schuh für Damen aus braunem R'Chevreteau.....	10.60

Fischwäsche, Handtücher, Frottierväsche

Tischtücher vollgebleicht, halbleinen Jacquard	130x130 cm	130x160 cm	160x160 cm
statt 7.50	5.65	statt 9.40	6.85
für.....		für.....	8.45
Servietten 60x60 cm, statt 1.50 für 1.20 ... 6 Stück			6.90
Kaffeegedeck Damaat indanthren blau gefärbt oder weiß mit goldfarbiger Kante, 160x225 cm, mit 12 Servietten... statt 18.00 für			13.90
Stubenhandtuch reinleinen, Dreil, 46x100 cm.....	statt 1.60 für		1.15
Küchenhandtuch weiß, reinleinen, Dreil mit roten Kanten, 42x100 cm.....	statt 1.40 für		0.95
Frottierväsche weiß, besonders schwere Qualitäten 60x110 cm	statt 3.75	2.45	60x120 cm
Frottierväsche prima Qual., weiß od. bunt gestr. od. bunt Jacquard, 160x200, Durchschnittspreis	statt 23.50 für		15.90

Dauenendecken

Dauenendecke aus bedruckt. Perkal, 150x200 cm.....	58.00
Dauenendecke aus buntfarbigem Satin mit einfarbiger Satin-Rückseite, 150x200 cm.....	79.00
Steppdecke Einfarb. Satin auf beid. Seiten, Handarbeit, 150x200	16.90

Herrnwäsche

Oberhemd farbig Perkal mit Kragen.....	3.85
Farbiges Oberhemd gestr. Zephir mit Kragen.....	4.90
Schlafanzug gestreift, Zephir, mit Beätzen und Aufschlägen..	6.75
Krawatten Selbstbinder, reine Seide, in mod. Mustern	1.75

Herrnkleidung

Sport-Anzug mit 1 langen u. 1 kurzen Beinkleid.....	68.00
Gummi-Mantel gute Gummierung, moderner Schnitt	14.75
Lüster-Sakko schwarz, mit Ärmelfutter.	6.50
Windjacke imprägniert....	12.00

vom 1.~21. Juli

Saison Ausverkauf

W. Straedel
Gegr. 1815, Berlin C. Spandauerstrasse, Königstrasse

Die Zukunft der Hanfkultur.

Eine unserer ältesten Kulturpflanzen ist der Hanf, der als Lieferant von Fasern zur Herstellung von Geweben schon von den kaum jeshhaft gewordenen Romadendörfern verwendet wurde. Seine Kultur, die früher große Ausdehnung besaß, hat in neuerer Zeit an Bedeutung stark verloren und ist mehr in die Länder primitiverer Kultur übergegangen, weil seine Verwendungsmöglichkeit beschränkt und seine Gewinnung sehr kostspielig ist. Die zwar sehr feste aber grobe Faser konnte für nichts anderes verwendet werden als für die größten Gewebe, nämlich Sack, für Bindfäden, Tauwerk usw., oben überall da, wo man Festigkeit verlangte aber auf Feinheit keinen Wert zu legen brauchte.

Die Gewinnung des Hanfes.

Die Gewinnung ist hingegen zu umständlich, um die für solche Zwecke notwendige Billigkeit zu ermöglichen, sie fällt zudem gerade in die Hauptarbeitszeit des Landwirts, so daß er sich ihr gar nicht so recht widmen kann. Bei der Gewinnung mußten zunächst die männlichen und weiblichen Pflanzen getrennt werden, also eine peinliche Ausfuchearbeit geleistet werden. Dann mußten die Samenkapfen entfernt und in einer langwierigen Behandlung die Stengelmasse von den Faserbündeln getrennt, hierauf diese in die einzelnen Fasern zerlegt werden. Begreiflicherweise hatte der deutsche Bauer, für den Zeit Geld ist, hierfür weniger Interesse als der russische z. B., für den die Zeit noch etwas Wertloses darstellt. So war der Hanf zu einem wichtigen Ausfuhrartikel Russlands geworden, während seine Kultur in Deutschland mehr und mehr zurückging. Das ist natürlich sehr zu bedauern, denn da wir sowieso schon in Faserstoffen stark vom Auslande abhängig sind — es ist einfach nicht möglich, soweit Schafe hier zu ziehen, wie zur Lieferung der nötigen Wolle gebraucht werden und die Baumwolle vollends gedeiht ja in Deutschlands gemäßigtem Klima überhaupt nicht — wäre es gut gewesen, wenigstens die Faserpflanzen, die hier wachsen können, weiter zu pflegen. Und die Einfuhr von Baumwolle z. B. muß ins Riesenhafte. Sie betrug vor dem Kriege eine halbe Million Tonnen im Jahre, die bei heutigen Preisen eine Milliarde Mark kosten würden. Dabei ist die Baumwolle eine der unwirtschaftlichsten Pflanzen, denn die Handarbeit ist zur Gewinnung der Kapfen unentbehrlich und muß, da sie sehr mühsam ist, hoch bezahlt werden. Infolgedessen ist Baumwolle sehr teuer, zudem ist sie starker Spekulationer Ausnutzung unterworfen, wodurch die Preise noch weiter gesteigert werden. Kein Wunder, wenn schon vielfach versucht worden ist, die Baumwolle ersetzlich zu machen. Zuletzt war es Henry Ford, der große brachliegende Flächen in den Vereinigten Staaten mit Flach anpflanzen wollte, der sich maschinell gewinnen und verarbeiten läßt, so daß er eine bedeutend billigere Faser liefern könnte. Freilich ist der Flach in bezug auf das Klima sehr anspruchsvoll und gedeiht längst nicht überall. Infolgedessen ist es recht fraglich, ob Fords Veruche Erfolg haben werden.

Ein neues Verfahren.

Nun ist es neuerdings zwei deutschen Forschern, einem Textilindustriellen in Reutlingen und einem Landwirt in Marlee gelungen, sowohl die Verarbeitung wie die Anpflanzung und Gewinnung des Hanfes in einem Grade zu entwickeln, daß man wohl an einen Erfolg der Baumwolle denken kann. Der Fortschritt, der dabei erzielt worden ist, liegt eigentlich in der Linie, die die Entwicklung seit alter Zeit innegehalten hat, was um so mehr dafür spricht, daß er nicht bloßer Schein ist. Wie schon erwähnt, bildet sich in der Pflanze ein Faserbündel, das bei der Verarbeitung der Stengel in die einzelnen Fasern zerlegt werden muß. In alter Zeit geschah die Zerlegung in recht grober Weise, so daß eigentlich nur kleinere Faserbündel gewonnen wurden, mit fortschreitender Technik und dem stärkeren Bedarfs nach feinen Geweben wurde die Trennung weiter und weiter geführt, bis endlich jede einzelne Faser für sich gewonnen wurde. Damit schied die Grenze des Möglichen erreicht. Daß es nicht der Fall war, beweist die neueste Erfindung von Dr.-Ing. E. Gmünder und Oberamtmann Schurig. Den beiden ist es gelungen, auch die scheibbar ganz einheitslose Faser noch zu zerlegen und so aus der groben und langen Hanffaser eine Anzahl kurzer und feiner Fasern zu machen, die der Baumwollfaser in keiner Weise nachstehen und sich ebensogut wie sie zu den feinsten Geweben eignen. Dabei geht das ganze Verfahren rein maschinell vor sich, wodurch sich die Gewinnung und damit die fertige Faser sehr billig stellt. Gmünder hat eine Maschine konstruiert, die die Verarbeitung des gereinigten Hanfes auf dem Gutshofe besorgt, den größten Teil der Stengelmasse auswirft und die Faserbündel mit nur wenig anhaftender Stengelmasse gewinnt.

Dadurch wird bei der Versendung dieser Faserbündel nicht nur an Fracht gespart, sondern die als Düngemittel wertvolle Stengelmasse bleibt auch dem Gute erhalten. Bei der bisherigen Hanfverarbeitung war es nicht nur nötig, männliche und weibliche Pflanzen zu trennen, sondern man mußte ernten, ehe der Samen gereift war, sonst verholzte der Stengel zu sehr. Das ist nun nicht mehr notwendig, die Maschine gewinnt auch aus dem schon verholzten Stengel noch alle Fasern. Damit erlangt man den Vorteil, den, ein sehr wertvolles Öl enthaltenden, Samen für sich zu ernten, und die eben erwähnte Maschine drückt auch gleichzeitig den Samen aus, der dann auf Del verarbeitet werden kann. Das ist ein zweiter, sehr großer wirtschaftlicher Vorteil für uns, die wir viel zu wenig Fettstoffe im eigenen Lande erzeugen. Oberamtmann Schurig hat den Anbau des Hanfes studiert, die geeignete Sorte herausgefunden und den günstigsten Boden für ihren Anbau gesucht. Es ergab sich, daß gerade der in Norddeutschland so sehr verbreitete Moorboden dem Hanf die günstigsten Bedingungen bot. Wir haben in Deutschland etwa 2 Millionen öden Moorböden, ein Viertel davon würde genügen, um soviel Hanf zu pflanzen, daß die Hälfte der früher eingeführten Baumwolle entbehrlich würde. Da man öfters die Frucht wechseln muß, um den Boden nicht zu sehr zu erschöpfen, muß man mit der doppelten Bodenfläche rechnen. Die nicht mit Hanf angebaute Fläche wird natürlich während der Zeit nicht brach gelegt sondern mit Früchten angepflanzt, so daß der Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft ein doppelter ist. Aus der auf dieser Fläche angepflanzten Hanfmenge kann man ungefähr 300 000 Tonnen hochwertiges Öl gewinnen, gewiß keine Kleinigkeit.

Der Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft, der Wegfall erheblicher Einfuhr ist klar, aber der einzelne fragt mit Recht: was habe ich davon? Nun, die Antwort ist nicht schwer, die Folge einer solchen ausgedehnten Hanfkultur muß ein erheblicher Preisrückgang für Gewebe sein. Die rein maschinelle Gewinnung des Hanfes muß ihn viel billiger machen als die Baumwolle, der Wegfall von Fracht und Zoll kommt dazu, und wenn einer der größten Käufer von Baumwolle auf den Weltmarkt, nämlich Teilschland, ausschaltet, so genügt das schon, die Preise sehr zu drücken. Die Reizung der Amerikaner zur Spekulationer Ausnutzung eines so wichtigen Bedarfsartikels wie der Baumwolle — der Stadamerikaner Henry Ford jagt über diese Reizung seiner Landsleute in seinem Buche sehr bittere und aber treffende Worte — wird einen kräftigen Dämpfer erfahren, und das wird noch mehr dazu beitragen, auf den Preis zu drücken. Umsonst wird man auch später seinen Hemdenstoff mehr bekommen, aber man kann damit rechnen, daß der Preis ein einigermaßen vernünftiger, nicht spekulativ hinaufgetriebener ist.

Ein Eifersuchtsdrama.

„Schuld sind die anderen.“

Vor dem Schwurgericht III hatte sich der Schlächtermeister Karl Enke wegen Totschlages an seinem Freunde, den Schlächtermeister Koschwig und des versuchten Totschlages an seiner Ehefrau, Auguste Enke, zu verantworten. Die That war ein Ausfluß der Eifersucht des Angeklagten. Er war mit seiner Ehefrau seit 1910 verheiratet und mit Koschwig verband ihn langjährige Freundschaft. Seit den Kriegsjahren hatte er seine Frau im Verdacht der ehelichen Untreue, und hatte sie schon einmal im Jahre 1919 in einem Absteigequartier mit einem bekannten Berliner Tenor B. angetroffen. Schon damals wollte er beide erschließen, es gelang ihnen aber, noch rechtzeitig vor dem Revolver des Rasenden zu flüchten.

Auch gegen Koschwig hatte er seit langem einen Verdacht geschöpft, der bekräftigt wurde, als er in dem Kellertor des Koschwig eine Puderdose erblickte, von der er annahm, daß sie von seiner Frau stammte. Koschwig bestritt das aber und wollte am 28. August eine Klärung der Sache herbeiführen. Als sich seine Frau zwecks Klärung der Sache zu Koschwig begab und dort kaum im Privatkontor des K. eingetroffen war, war auch schon Enke auf der Bildfläche erschienen, da er seine Frau durch ein Detektivbureau hatte beobachten lassen. Ohne ein Wort zu sagen, feuerte er zunächst auf seine Ehefrau mehrere Schüsse ab, von denen eine Kugel den Oberhinterl traf; drei weitere Schüsse streckten Koschwig zu Boden. — Enke zeigte sich in der Verhandlung sehr erregt und hielt lange Reden. Einleitend führt er aus:

„Wenn ich auch das traurige Ende meines ehemaligen Freundes Koschwig bedauere, so lehne ich jede Verantwortung und jedes Schuldbewußtsein ab. Schuld sind die anderen, die das Unglück über mich gebracht haben. Meine Frau hat durch ihr schamloses Verhalten meinen Namen in den Schmutz gezogen, indem sie sich mit anderen Männern abgab. Auch zu Koschwig ist sie in Beziehungen getreten.“ Er schilderte dann den Vorfall mit dem Kammerjäger B. — Auf eine Frage von Landgerichtsdirektors Dransfeld an den Angeklagten, wie es denn mit seiner ehelichen Treue bestellt war, erwiderte er: „Ich behalte zweierlei Moral: Wenn die Frau die Treue bricht, weiß sie nicht, ob der eigene Mann der Vater des Kindes ist, das ist also nach meiner Ansicht ein Verbrechen. Wenn der Mann die Ehe bricht, ist niemals der Mann daran Schuld (!), weil die eigene Frau ihn „darben“ läßt. Der Ehebruch der Frau ist ein Verbrechen, das nach meiner Auffassung mit dem Tode (!) bestraft werden müsse.“ Mehrere Angestellte des getöteten Schlächtermeisters Koschwig bezeugten, daß Frau Enke manchmal mit den Kindern hingekommen sei. Die Kinder zeigten Onkel Koschwig immer ihre Zenturen. Als die Schüsse gefallen waren, stürzte Frau Enke in den Boden und rief: „Er ist ja wahnsinnig und weiß nicht, was er tut.“ Ein Schlächtergeselle erklärte auf Befragen von Rechtsanwalt Dr. Frey, daß Frau Enke, als Koschwig am Boden lag, gerufen habe: „Walter, Walter“ und als ein Dritter hinzukam, sie sich schnell beherrschte und gerufen habe: „Herr Koschwig, Herr Koschwig.“ Frau Enke gibt das als richtig zu, behauptet aber, daß das ohne jede Bedeutung gewesen sei. Medizinrat Störmer kam zu dem Schluß, daß bei dem Angeklagten Enke durch den Kummer, die Enttäuschung und den Unban, den ihm seine Frau bereitet habe, eine jahrelange aufgepeicherte Spannung entstanden sei, die schließlich zur Erregung führte. Bei einer derartigen Lösung durch Affekt war die geistige Erregung sehr groß, trotzdem lag aber Geisteskrankheit nicht vor. Prof. Dr. Fraenkl hielt es für möglich, daß ein Grenzfall von bewusster Trübung vorlag, kam aber, ebenso, wie Sanitätsrat Leppmann auch zur Verurteilung des § 51. Das Schwurgericht III verurteilte den Angeklagten Enke wegen Totschlages des Schlächtermeisters Koschwig und versuchten Totschlages seiner Ehefrau unter Jubilation mildernden Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Unterirdung.

Die liebe Republik.

Eine große Zahl ehemaliger Unteroffizierskinder hatte sich gestern zum Unteroffizierskinderfest und zur Bannerweihe in Potsdam eingefunden. Die Teilnehmer versammelten sich auf dem Kasernenhof des 1. Garderegiments zu Fuß und begaben sich dann nach der Potsdamer Südbahnhofe. Dort fand ein Feldgottesdienst statt. Unter den „Ehrendägen“ sah man in Uniform den ehemaligen Kronprinzen, mit ihm seinen ältesten Sohn Wilhelm, der zum erstenmal sich der Öffentlichkeit in Uniform zeigte. Er trug die Uniform des 1. Garderegiments zu Fuß. Auch Prinz Eitel Friedrich und die ehemaligen Erzherzogen waren vertreten. Aber damit nicht genug. Auch unsere Regierungsklassen standen mit Wilhelm jun. Man sah den Oberpräsidenten der Provinz Dr. Raier, den Potsdamer Regierungspräsidenten A. Jizewski und den Präsidenten der Oberpostdirektion Thilo. Jeder kann man nicht verlangen.

Selbstverständlich hat der älteste Kronprinzensohn, der jetzt gleichfalls sich in Uniform zu zeigen beginnt, niemals „Pulver gerochen“. Wie alt war er denn schon, als der Krieg ausbrach? Irren wir nicht, so trug er damals — wenn er in „Zivil“ ging — noch kurze Höschen. Richtig ist allerdings, daß Hohenzollernprinzen sozusagen schon mit der Uniform an die Welt kamen. Mit dem Recht, eine Uniform zu tragen, wurden sie geboren — und so wird es unserer toleranteren deutschen Republik auch dem Kronprinzensohn jetzt die Uniform gestattet. Die Vertreter der republikanischen Regierung, die in der Nähe des Kronprinzen und seiner Sproßlinge weilen dürfen, haben hoffentlich dieses Glück zu würdigen gewußt und die Uniform des Kronprinzensohnes gebührend bewundert.

Mißbrauch des Rundfunks. Am Sonntag sprach im Berliner Rundfunk Herr Dr. Richard H. Stein über das Wagner-Orchester. Herr Dr. Stein ist bereits einmal wegen politischen Mißbrauchs des Rundfunks energisch zur Ordnung gerufen worden. Am Sonntag verhielt er im Rahmen eines Musikvortrags nicht nur eine Polemik gegen diesen Ordnungsruf, sondern auch neuen Mißbrauch. Der Rundfunk ist nicht dazu da, um im Rahmen von sachwissenschaftlichen Vorträgen mehr oder weniger verfechtete politische Propaganda zu treiben.

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Travas.

Copyright 1925 by B. Travas, Columbia, Tamauipet, Mexico.

Als ich dann aber beim Feuer saß und darüber immer wieder nachdachte, was für ein Gegenstand das Geräusch verursacht haben könnte, kam mir plötzlich ein seltsamer Gedanke: In dem Hause hat sich jemand erhängt, und zwar schon vor einiger Zeit; die Schnur ist morsch geworden oder der Hals durchgefaßt, und nun beim Schlagen an die Wand ist der Körper erschüttert worden, die Schnur gerissen und der Leichnam umgefallen. So ähnlich war auch das Geräusch, als ob ein menschlicher Körper umfiel und der Kopf auf den Boden schlug.

Aber diese Idee war ja lächerlich. Sie zeigte mir, wohin die Phantasie einen führt, wenn man sich nicht von der Tatsache überzeugt. So verwandelt sich ein Baumstamm in der Dunkelheit in einen Räuber, der auf der Lauer steht. In den Tropen erhängt sich niemand, ich wenigstens habe nie davon gehört. Hier sind die Tage nicht trübe genug dazu. Und wenn es wirklich einer täte, so würde er in den Busch gehen, wo man drei Tage später bestenfalls nur noch an der Schnalle seines Gürtels erkennen würde, daß es sich um einen Mann handelt.

So oft ich auch noch Wasser holte, ich ging nicht in das Haus und vermied es sogar, irgendeine Spalte zu suchen und durchzusehen. Das Unbestimmte, das Geheimnisvolle sagte mir mehr zu als eine vielleicht sehr profane Gewißheit.

Jedoch abends, wenn ich am Feuer saß oder wenn ich nochis wach lag, beschäftigten sich meine Gedanken mit nichts anderem als mit der Frage, was in dem Hause wohl sein könne.

Am Freitag ging ich zu Mr. Shine und fragte ihn, ob er irgendwelchen Bescheid vom Manager habe. Aber Mr. Shine war die ganze Woche nicht im Store unten gewesen und würde auch die nächste Woche nicht hinunterkommen. Weil nun Montag der letzte Termin war, der für den Urlaubsantritt jenes Drillers, für den ich Ersahmann sein sollte, in Betracht kam, so beschloß ich, Samstag früh reisefertig mit meinem Bündel selbst zum Store zu gehen

und nachzufragen. War Bescheid da, dann konnte ich Sonntag mittag, also rechtzeitig genug, im Camp sein. War kein Bescheid da, so wußte ich, daß der Driller entweder nicht in Urlaub ging, oder daß er die Sache anders zu regeln gedachte. In diesem Falle würde ich gleich zur Station gehen und meinen Plan, nach Guatemala zu wandern, ohne weiteres durchführen.

Samstag früh holte ich mir Wasser für den Kaffee. Als ich mit dem Wasser an dem Hause schon ein Stück vorüber war, dachte ich, nun will ich aber doch einmal zu guter Lebt nachsehen, was da drin los ist, denn wenn ich das nicht tue, so kann es sein, daß mich der Gedanke an das Haus die nächsten fünf bis sechs Monate nicht losläßt. Es konnte ja die bekannte Gelegenheit sein, die einmal verpaßt, nie im Leben wiederkehrt.

Ich kletterte die paar Sprossen der Leiter hinauf, stieß die Tür, die hier nur eingeklemmt war, auf und ging in den Raum, den einzigen Raum, den das Haus hatte.

An der Wand zur Rechten sah ich etwas liegen, ein großes Bündel. Ich konnte aber nicht sofort erkennen, was es sein mochte, denn die Sonne war noch vor dem Aufgehen.

Ich trat näher hinzu; es war ein Mann.

Tot!

Es war Gonzalo.

Geißel!

Ermordet!

Sein zeretztes Hemd war schwarz von Blut. Ein Ball Baumwolle, den er zertrüßelt in der rechten Hand hielt, war gleichfalls vollgefüllt von Blut.

Er hatte einen Stich in der Lunge und noch einige Stiche auf der Brust, an der rechten Schulter und am linken Oberarm.

Der Körper war nicht verwest, sondern verrotet.

Er hatte auf dem Boden gefessen, gegen die Wand gelehnt und als ich gegen die Wand geschlagen hatte, war der Körper auf die Seite gefallen und der Kopf war auf den Erdboden geschlagen.

Ich suchte seine Taschen durch. Er hatte fünf Pesos und 85 Centavos darin. Er hätte haben müssen: wenigstens 25 bis 30 Pesos.

Also des Geldes wegen.

Dann hatte er noch ein kleines Leinwandtäschchen mit Tabak

neben sich liegen und einige geschnittene Maisblätter lagen verstreut herum.

Während er sich eine Zigarette drehen wollte, war er überfallen worden, an derselben Stelle, wo er sich jetzt befand.

Der Chint und Antonio waren die letzten, die das Haus verlassen hatten. Der Chint war nicht der Mörder. Wegen 20 Pesos jemand auch nur zu berühren, dazu war er viel zu flug. Diese 20 Pesos waren zu teuer für ihn.

Also Antonio.

Das hatte ich von ihm nie gedacht.

Ich steckte Gonzalo das Geld wieder in die Tasche, ließ ihn jedoch liegen wie er lag.

Dann klemmte ich die Tür wieder ein, wie ich sie gefunden hatte und verließ das Haus.

Kaffee kochte ich nun nicht mehr, sondern ich machte mich sofort auf den Weg.

Ich ging zu Mr. Shine und sagte ihm, daß ich nun selber zum Camp gehen wollte, und falls nichts los sei, gleich weitermarschieren werde.

„Haben Sie sich da oben in Ihrem lustigen Wohnhause nicht einsam gefühlt, Dr. Gale?“ fragte er.

„Rein,“ sagte ich, „ich habe immer so viel zu sehen und so viel zu beobachten, daß der Tag herum ist, ehe ich es merke.“

„Ich dachte, Sie würden vielleicht doch in das Haus übersiedeln, weil es eben ein Haus ist.“

„Daran war gar nicht zu denken. Ich sagte Ihnen ja schon, als ich zurückkam, daß es darin vor Moskitos nicht auszuhalten sei.“

„Am die Jahreswende wollen meine beiden Keffen auf Besuch kommen und hier ein wenig herumstreifen und jagen. Die stecke ich dann da hinein, da können sie haufen nach Belieben. Die werden die Moskitos schon ausraubern. Na, denn also „Biel Glück!“ Gute, für Ihre Zukunft.“

Wir schüttelten uns die Hände und ich ging.

Warum hätte ich denn etwas sagen sollen. Daß ich der Mörder sein könnte, diesen Gedanken würde niemand haben; denn ich war ja vor allen den übrigen Leuten fortgegangen und hatte die ganze Zeit im Camp gearbeitet.

Und hätte ich etwas von meinem Fund gesagt, so hätte das eine Unmenge Fragen verursacht, hin- und herlaufen und wer weiß was noch. Dabei wäre ich gar nicht mehr zur rechten Zeit zum Camp gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Mord in der Garage.

2 Jahre Gefängnis für den Chauffeur Wille.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. stand gestern der 21jährige Chauffeur Otto Wille unter der Anklage des Totschlages vor seinen Richtern. In den frühen Morgenstunden des 12. Januar wurde auf dem Grundstücke Gneisenaustraße 74 der mit schweren Kopfwunden bedeckte Körper einer Frau gefunden. Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei ermittelte sie als die 36jährige Prostituierte Paula Schüge. Als Täter war der Chauffeur Wille, der bei einem in der Gneisenaustraße wohnenden Kaufmann in Arbeit stand, festgenommen worden. Es ist ein junger, nicht überaus schöner Mensch, der keineswegs gewalttätig und brutal wirkt. Auf Grund des eingehenden Gutachtens des Sachverständigen Medizinalrats Störmer, sowie der Zeugenvernehmungen schälte sich folgendes Bild heraus: Der Angeklagte hatte am Abend des 11. Januar mit mehreren Freunden eine Schwarzfahrt gemacht, bei dem der Alkohol reichlich floß. Auf der Fahrt hatten die Schläge getroffen und mit ins Auto genommen. Zurückgekehrt, begleitete die Frau den Chauffeur noch in die Garage, um, wie sie sagte, „es sich ein wenig gemütlich zu machen“. Drinnen wurde sie nun sehr ungemütlich, beschimpfte Wille, verlangte Geld und bedrohte ihn mit einem Messer und Schlägen. Wille schmerzte gereizt, griff W. in den Bergtaschengeld und schlug mit einem Hammer wie wild auf die Schüge ein. Die Wunden, die der Wütende der Frau beibrachte, waren so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Nach der Tat schleifte W. die Leiche auf den Hof des Grundstückes, wo sie am Morgen von Hausbewohnern gefunden wurde. Der Ermordeten wird von allen Seiten das denkbar ungünstigste Zeugnis ausgestellt. Das Gericht fällt in den Abendstunden ein Urteil, das dem Chauffeur mildernde Umstände im weitesten Maße zubilligt: 2 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft. Nach der Urteilsbegründung hat das Schwurgericht eine Notwehrhandlung verneint. Die Getötete war erwiesenermaßen eine rabiate, hysterische und gewalttätige Person, der es zuzutragen war, daß sie mit dem ersten besten Gegenstand angegriffen hat. Die Situation hat der Angeklagte aber selbst verschuldet, nicht sie, sondern er war im Unrecht. Er wußte, daß die Sch. eine Strahndirne war, die auf Lohn rechnete und er wollte sie nachführen. Bei der Abwehr des Angriffs befand er sich in Notwehr. Darüber ist er aber hinausgegangen, indem er in brutaler Weise auf die am Boden Liegende einschlug und ihr den Schädel zertrümmerte. Deshalb war er wegen Totschlages zu bestrafen.

Vermittlungsbureau Kreutner.

Im Kampf gegen ein unsoziales Unternehmen.

Das Chauffeurvermittlungsbureau Heinrich Kreutner in der Hannoverer Straße 8 ist schon seit langem für Behörden und für die im Verkehrsband organisierten Chauffeure ein riesig interessantes Thema. Seit 12 Jahre betreibt Heinrich Kreutner, der sich mit außerordentlichem Raffinement — der Vorsitzende selbst stellt fest, daß er nicht zu fassen sei — am Dienstag vor dem Schwurgericht Noobit verteidigte, sein Vermittlungsbureau für Chauffeure. Prozeß folgte auf Prozeß und immer gelang es dem gedachten Partner den angerichteten Schaden wieder zu reparieren. Verurteilung — Freispruch — Verurteilung — und nun abermals Freispruch! Es geht hier nicht um die 500 M. Geldstrafe, die Kreutner in der ersten Instanz aufbüßte, es handelt sich hier vielmehr um ein Prinzipielles, sowie um die Hofgerungen, die aus einer Verurteilung Kreutners zu ziehen sind. Ist in der Berufungsinstanz Kreutners Verurteilung sanktioniert, so kann man behördlicher- und gewerkschaftlicherseits durch Beantragung der Konfessionsentziehung gegen ihn vorgehen, den man für einen Schädling hält, um dessen unheilvolles Wirken gerade den Ärmsten fühlbar wird. Die Anklage lautet auf Betrug. 19 Fälle stehen zur Verhandlung, und die sehr wahrscheinlichen ungezählten Fälle, in denen die Anzeige unterblieb, bilden den Hintergrund. Kreutner verschickt Prospekte und Orientierungsblätter über die Ausschichten des Chauffeurberufs sowie Stellenlisten. Für diese völlig allgemeinpläßig gehaltenen Orientierungszettel verlangte Kr. die staatliche Summe von sechs Mark. Die Stellenlisten, für die der an der Angel Festgebundene den gleichen Obolus entrichten mußte, sollen 3 L. veraltet und in den zur Verhandlung stehenden Fällen wenigstens wertlos gewesen sein. Drei Sachverständige sind zu diesem Prozeß geladen, von denen zwei bis jetzt vernommen worden sind. Der eine belastete den Angeklagten, während der andere in gewissen, die Anklage aber nicht sehr wesentlich berührenden Punkten entlastend für den Beschuldigten aussagte. Als Vertreter des Landesamts, das auch seinerseits die Klage unterstüzt, fungierte Dr. Goldberg. Um 10 Uhr begann die Verhandlung, gegen 16 Uhr wurde der Prozeß auf Donnerstag vormittag vertagt. Von etwa 19 der Anklage bekannt gewordenen Punkten sind erst sechs verhandelt! Zu einem dramatischen Zwischenfall in dem trockenen, sachlichen Einzel der Verhandlung kam es, als das Gericht ein mysteriöses Insekt erörterte, das angeblich für einen der klagenden Chauffeure in einer Berliner Zeitung aufgegeben worden sein soll. Hierbei verwickelte sich der Angeklagte in immer bedeutendere Widersprüche, während die Aussagen des Zeugen, des Chauffeurs Kirchoff klar und bestimmt waren. Der Staatsanwalt sagte Kreutner auf den Kopf eine raffinierte Fälschung zu, behauptete, daß schon der zeitungstechnische Druck des Ausschnittes eine Berliner Zeitung ausschloß und deutete Weiterungen an, die sich für Kr. ergeben würden, wenn sein (des Staatsanwalts) hingender Verdacht auf Wahrheit beruhe. Am Donnerstag hofft man, den Prozeß zu Ende führen zu können. Wir werden über seinen Ausgang berichten.

Bombenattentat in Döberitz.

In Döberitz ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine Pulverexplosion, bei der es nur einem Zufall zu danken ist, daß ihr nicht Menschen zum Opfer fielen. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um ein Bubenstück. Wir erfahren folgende Einzelheiten:

In der Döberitzer Chaussee ist das St. Hubertus-Restaurant, in dem hauptsächlich Soldaten verkehren. Dort war am Sonntag Tanzvergnügen. Um 11 Uhr nachts, als der Wirt mit den Keilern abrechnete, erscholl eine furchtbare Detonation. Alles eilte ins Freie. In der Beranda, die dem eigentlichen Restaurant in Höheparterrehöhe vorgelagert ist, war ein Explosivkörper zur Entzündung gebracht worden. Durch den großen Luftdruck gingen viele Scheiben in Trümmer. Ebenso wurde die Beranda beschädigt. Die sofort angestellte Suche nach dem Täter verlief ergebnislos. Ob es sich nun um einen schlechten Scherz oder einen Racheakt handelt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es besteht die Vermutung, daß Soldaten die Urheber waren. Vielleicht ist der Täter aber auch unter den Deuten zu suchen, die die großen Truppenplätze umschwärmen und die dem Wirt vielleicht wegen eines abgelehnten Almödens aus Rache diesen Streich spielten. Die Annahme, daß es sich um einen Explosivkörper handelt, wie er bei Artillerieübungen zur Feststellung der Einschlagsstelle benutzt wird, ist nicht stichhaltig, da diese Lebungsgeschosse keine große Sprengwirkung haben, geschweige denn einen Luftdruck hervorrufen können, der 16 bis 18 Scheiben in Trümmer legt. Wenn aber Reichwehrsoldaten die Täter sein sollten, müßte es gelingen, den Urheber zu finden, denn nach dem Tatbestand muß schon eine erhebliche Menge Pulver verwendet worden sein. Unerklärlich bleibt dann aber immer noch, wie der Urheber des Attentats in den Besitz der zu dem Anschlag nötigen Materialien gekommen ist, da bei der Reichwehr eine strenge Kontrolle, insbesondere über Explosivstoffe ausgeübt wird.

Mordprozeß Angerstein.

Rätsel des Massenmords von Haiger.

Limburg a. d. L., 7. Juli. (Drohbericht.) Nach Wiederaufnahme der Verhandlung beantragte die Verteidigung mit ausführlicher Begründung die Zulassung des ordentlichen Professors der Universität Bern, Herberg, der ein langjähriger Spezialist auf psycho-analytischen Gebiet sei. Gleichzeitig ging der Antrag auch dahin, daß Professor Herberg Gelegenheit gegeben werden solle, Angerstein im Gefängnis zu untersuchen, um sich dann ein Bild über seine seelischen Defekte und über die Art seiner Willensbildung machen zu können. Die Klärung dieser Frage sei seit diesem

psychologischen Rätsel.

wie es dieser Fall darstelle, von großer Wichtigkeit. Die Staatsanwaltschaft bat um Ablehnung dieses Antrages. Medizinalrat Tenbaum (Limburg) warnte dann noch davor, den Angeklagten während der Verhandlung durch einen anderen Sachverständigen untersuchen zu lassen, da dies möglicherweise seine Verhandlungsfähigkeit beeinflussen könnte, woraus die Verteidigung den Eventualantrag stellte, daß die Verhandlung für 14 Tage zu vertagen sei. Das Gericht beschloß, Professor Herberg als Sachverständigen zu laden, lehnte es jedoch ab, ihm eine Untersuchung des Angeklagten im Gefängnis zu gestatten. Darauf beantragte die Verteidigung, wegen Vornahme der Untersuchung die Verhandlung auf 14 Tage zu vertagen, was das Gericht jedoch ablehnte, ebenso wie den Antrag der Staatsanwaltschaft, Professor Herberg wegen Befangenheit abzulehnen. Hierauf wurden die Kreisärzte vernommen, die seinerzeit die Obduktion der Leichen vorgenommen haben. Dann wurden zwei Polizeihundführer vernommen, deren Polizeihund noch in der Nacht nach der Tat im Angersteinschen Garten am Fundort der Kaffeete angelegt wurde. Er lief durch den ganzen Garten, verließ dann das Grundstück und rannte über die Wiese bis zu der Stelle, an der Angerstein dann gefunden wurde. Der Kriminalbeamte Rietke von der Nordkommission in Frankfurt wurde am Tage nach der Tat mit den Ermittlungen in Haiger beauftragt. Er besuchte zunächst Angerstein im Krankenhaus, der bei seinem Anblick ausrief: „Ach, das sind ja die Mörder!“ Um ihn nicht weiter aufzuregen, nahmen die Beamten von einer längeren Bernehmung Abstand und ließen sich nur kurz die Geschichte von dem vermeintlichen Raubüberfall erzählen und gingen dann zur Leichenhalle, wo die Leichen aufgebahrt waren. Dann suchten die Polizisten die Umgebung des Hauses nach Fußspuren der angeblichen Räuber ab, ohne etwas zu finden. Der ganze Befund sprach dafür, daß kein Fremder die Tat begangen haben könnte, denn der sehr scharfe Schäferhund hätte keine andere Person, als einen Hausangehörigen an sich herangelassen. Inzwischen sei dann die Meldung gekommen, daß Angerstein Unterschlagungen begangen habe. So schloß man dann aus allem, daß nur Angerstein der Täter sein könnte. Die Mitglieder der Gerichtskommission hätten zwar zuerst die Köpfe geschüttelt, denn eine solche Vermutung erschien ihnen nicht glaubhaft. Man stellte dann aber an den Kleidern Angersteins eine Unmenge kleinerer und größerer Blutspitzer fest, während am Mantel selbst keine Blutflecken vorhanden waren. Die Schnittwunden hat sich Angerstein wahrscheinlich mit der rechten Hand beigebracht. In der anschließenden Bernehmung habe sich Angerstein sehr merkwürdig benommen und sei schließlich sehr ungebühdig geworden, als der Amtsrichter zunächst nebensächliche Fragen stellte. Als man ihm dann sagte, daß seine Frau tot sei, habe er zweimal gerufen:

„O, o, meine Frau ist tot!“

sich aber weiter nicht darüber aufgeregt. Darauf habe man ihm die Tat auf den Kopf zugelegt, doch habe Angerstein ganz entschieden jede Schuld bestritten und sei dabei auch trotz aller Vorhaltungen geblieben. Man habe ihn dann auf die Tragbahre gelegt und ihm die Leichen gezeigt, zuerst die seiner Frau. Dabei habe er ganz

fest gesagt: „Ich kann ja gar nichts sehen.“ Als man ihn dann höher hob und ihm sagte, das wäre seine Frau, die er erschlagen hätte, antwortete er: „Ich habe nichts getan.“ Ebenso sei er bei den anderen Leichen ganz kühl geblieben. Wir konnten zunächst feststellen, daß die Tat schon am frühen Morgen des betreffenden Tages begangen sein mußte. Daraus schlossen wir, daß Angerstein die Tat ganz planmäßig vollzogen habe, und zwar zunächst die Angehörigen und dann die Angestellten umgebracht hat, und zwar derart, daß er die Angestellten einzeln in die verschiedenen Zimmer hinaufrief, so daß einer vom anderen nichts wußte und sie dann einzeln umbrachte. Zum Schluß der gestrigen Verhandlung wurde der bekannte Sachverständige, Gerichtschreiber Professor Popp aus Frankfurt a. M., vernommen. Er bestätigte zunächst die Aussage des Kriminalbeamten Rietke über die Feststellungen im Hause Angerstein. Der erste Verdacht, daß Angerstein der Täter sei, habe sich aus dem Befund des Schäferhundes ergeben. An Hand des präparierten Schädels des Hundes demonstrierte Professor Popp, daß die Angabe Angersteins, er habe den Hund getötet, als er rücklings über ihm stand, unrichtig sein müsse. Auf Grund der Befundungen von anderen Zeugen, daß der Hund niemand anders als Angerstein an sich herangelassen habe, sei man schon damals zu der Überzeugung gekommen, daß Angerstein der Täter sei und diese Auffassung sei auch durch den übrigen Befund im Hause bestätigt worden. Der Sachverständige schilderte dann noch seine Unterredung mit dem Inspektoren Ebert, der am nachmittag des Vortages im Hause Angersteins tätig war und dem das Benehmen Angersteins auffällig vorgekommen war. Ebert habe damals erzählt, daß Angerstein plötzlich einen Entschluß gefaßt, sein Messer aus der Tasche gezogen und erklärt habe, er möchte gerne frisches Brot essen. Infolgedessen habe Ebert Angst bekommen und habe den Tisch zwischen sich und Angerstein gerückt. Was den Brief an den Bruder Angersteins betrifft, so ist dieser nach Überzeugung des Sachverständigen in einem Zuge geschrieben worden entgegen der Angabe des Angeklagten Angerstein, daß er ihn schon am Sonnabend vorher angefangen habe. Der Brief zeige nicht die geringste Spur von Erregung.

„Der Mann war ganz kalt.“

so erklärte Popp, als er den Brief schrieb und es war in ihm auch keine Aufregung vorhanden. Der Trommelrevolver wurde im Schlafzimmerschrank vorgefunden.“ Professor Popp hatte auch die Pistolenmunition Angersteins untersucht, aber kein Zeichen von irgend einem Versager gefunden, wie Angerstein es behauptet hatte, so daß damit auch die Behauptung von dem Selbstmordversuch nach Vollführung der Missetat an seiner Frau in sich zusammenbrach. Dann hatte Popp auch an dem Verhöre teilgenommen, daß nach diesen Feststellungen vorgenommen wurde. Auf Vorhaltung des Richters habe Angerstein zunächst erklärt, er habe nichts einzugehen, als die Unterschlagung, die er ja schon angegeben habe. Auf die Mitteilung, daß seine Frau tot sei, habe dann Angerstein mit theatralischer Gebärde die Hand über die Augen gelegt und ausgerufen: „Meine Frau tot? Meine Räthe?“. Und als man ihm sagte, daß auch die übrigen tot seien, habe er nur noch gesagt: „Auch die anderen? Ach!“ Er habe dabei aber nicht die geringste Rührung gezeigt, es sei vielmehr das reinste Theater gewesen und er habe offensichtlich nach einem Programm gehandelt. Auf Befragen der Verteidigung blieb Popp dabei, daß seines Erachtens die Opfer größtenteils entweder von hinten oder von der Seite ermordet worden seien. Die Hiebe seien so wuchtig und wohlgezielt gewesen, daß alle Opfer sicherlich gleich nach dem ersten Hieb zusammengebrochen seien. Vorj.: Angeklagter, was haben Sie dazu noch zu bemerken? Angeklagter (mit einem schwachen Lächeln): Wenn sich die Willenskraft irt, dann muß sie sich verantworten, ich verstehe jedenfalls nicht, daß kein Mensch mich versteht. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt.

Der Förstermord von Schenkendorf.

9 Jahre 9 Monate Gefängnis für den Lehrling Sah.

In dem Mordprozeß gegen den Formerlehrling Franz Sah wegen der Ermordung des Försters Grünhoff wurde gestern in der vierten Nachmittagsstunde durch den Vorsitzenden des Jugendgerichts Neufölln das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen vollendeten Raubmordes an dem Förster Grünhoff zu Schenkendorf zu 9 Jahren 6 Monaten Gefängnis und wegen Diebstahls zweier Pistolen zu 6 Monaten verurteilt. Die Gesamtsstrafe wurde auf 9 Jahre 9 Monate Gefängnis zusammengezogen. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß der Angeklagte trotz seines hartnäckigen Bekenntens während der ganzen vierstägigen Verhandlung allein als Täter in Frage kommt. Es war auch der Überzeugung, daß er trotz moralischer Minderwertigkeit die Einsicht der Strafbarkeit seiner Handlungen hatte und daß er fähig war, nach dieser Einsicht seinen Willen zu bestimmen. Während sprach allein seine bisherige Unbescholtenheit und das jugendliche Alter mit. Der Angeklagte hat bisher keine Berufung eingelegt und wird voraussichtlich bald einer Strafanstalt für Jugendliche überwiesen werden.

Die täglichen Parolen.

Die Kommunisten veranstalteten gestern Abend eine Anzahl Kundgebungen, die der Ankündigung nach dem Kampf gegen den Brotmangel, in Wahrheit aber dem Kampf gegen die Sozialdemokratie galten. In den Versammlungen, die durchweg mäßig besucht waren, sprachen u. a. Koenen, Höllein, Eberlein und Rosenberg. Der schon zu 50 Prozent in Licht und Bann geschleuderte Rosenberg (gilt er doch als Oppositioneller, weil er die taktischen Manöver der Ruhrfischer-Zentrale nicht mitmachen will) durfte nur an der Peripherie, und zwar in Schönholz sprechen. In den Pharusälen soll man auf den Genossen Crispian gewartet haben. Die Ratsplät der kommunistischen Bezirksfunktionäre in agitatorischen Dingen läßt sich wirklich nicht unterschätzen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 8. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6.30 Uhr abends: Zweites Kinderfest der Funkstunde.
7 Uhr abends: Magistrate-Oberhausrat E. Lichtborn: „Hygiene des Wohnhauses“. 1. Vortrag. „Die Wohnungseuchtheit und ihre Bekämpfung“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Heilkunde. Dr. Paul Borinski: „Die Milch in ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“. 4. Vortrag. „Das Verderben der Milch und dessen Verhütung“. 8 Uhr nachts: Geh. Justizrat und Oberregierungsrat und Oberregierungsrat Kühnast: „Südwest-Afrika einst und jetzt“. 8.30 Uhr abends: „König Krause“, Volksstück mit Gesang in vier Aufzügen von Julius Keller und Louis Hermann. Musik von Viktor Hollaender. Personen: Wilhelm Krause; Regine, Gabriele, Berta, dessen Töchter; Gallasch, Bankier; Grabenfeld, Gutsbesitzer; Moritz Engelchen, Hans Springer, Koch; Lina Ruppel; Knauerhaas, Hausknecht; Lori, Kammermädchen; Bomst, Dirigent; Bremse, Fuhrherr; ein Gärtner; ein Konditor; eine Friseurin; ein Lehrling; Gäste; Ausflügler. Ort: Berlin. Zeit: Gegenwart. Zwischen dem ersten und zweiten Aufzuge liegt ein Zeitraum von vier Jahren. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Obergenieur Siegfried Hartmann: „Künstliche Kühlung und Kälte“.

„Haben wir Wohnungsmangel?“ Daß in der Dienstag-Morgen-Ausgabe erwähnte Haus Graunstr. 23, in dem eine Wohnung seit fünf Monaten beschlagnahmt ist, aber bisher keinen Mieter erhalten hat, gehört nicht zum Wohnungsamt Berlin-Mitte (wie irrtümlich angegeben wurde), sondern zum Wohnungsamt Berlin-Weidling.

Ein verhängnisvoller Sprung. Im Freibad Pögnensee sprang die 22 Jahre alte Arbeiterin Ruth Schweter aus der Straße 12 in Pögnensee vom Turm in den See hinab. Dabei schlug sie mit dem Unterleib so unglücklich auf das Wasser auf, daß sie die Besinnung verlor und schleunigst aus Meer gebracht werden mußte. Sie fand im Birchow-Krankenhaus Aufnahme.

Großfeuer in einem Waisenhaus.

Gottleuba, 7. Juli. (W.B.) Heute mittag entstand in dem, den Bezirksanstalten Pirna gehörenden Versorgungshaus, in dem 120 Waisenkinder untergebracht sind, aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache plötzlich Großfeuer. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehren von Gottleuba, Pirna und den umliegenden Dörfern mußten sich darauf beschränken, die unteren Geschosse zu schützen, während der Dachstuhl, in dem das Feuer ausgebrochen war, vollkommen niederbrannte. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Die Waisenkinder wurden vorsichtig in der Heilstätte der Landesversicherungsanstalt Sachsen in Gottleuba untergebracht.

Feuergefecht zwischen Zollbeamten und Schmugglern.

Köthen, 7. Juli. (W.B.) In der Nacht zum Dienstag kam es an der deutsch-belgischen Grenze in der Nähe von Lichteuburg zu einem Zusammenstoß zwischen Zollbeamten und Schmugglern. Da die Schmuggler auf den Anruf der Beamten zu fliehen versuchten, gaben diese mehrere Schüsse ab. Dabei kam ein Zollbeamter unglücklicherweise in die Schußlinie und erhielt von seinen eigenen Kollegen einen Schuß, der die Lunge durchbohrte. In lebensgefährlichem Zustande wurde der Betroffene ins Krankenhaus gebracht. Einer der Schmuggler konnte festgenommen werden, drei weitere sind entkommen.

LAXIN
— und macht jung.

SAISON AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Weisse Kleiderstoffe

besonders preiswert

Wollbatist elfenbein	Meter	2⁹⁵
Popeline 100 cm breit, elfenbein	Meter	4⁹⁰
Crêpe marocain elfenbein, 100 cm breit	Meter	3⁹⁰
Cheviot 150 cm breit, elfenbein	Meter	4⁵⁰

Tischtücher 125, 150 cm	2⁴⁵	125, 100 cm	3²⁵
-----------------------------------	-----------------------	-------------	-----------------------

Taschentücher	Berich: Barchettobian, Moles, Kinder-Tuch, m. Kordelkante Stück	10 ^{pr}	Sera H: Makorheber, m. Hobis, Battistich, m. gestickt, Ecke, Stück	15 ^{pr}	Caris H: Herren-Tücher mit Kant, Stück	20 ^{pr}	Linon: Herren-Tücher mit Kant, Stück	20 ^{pr}
----------------------	---	------------------	--	------------------	--	------------------	--------------------------------------	------------------

Damen-Schürzen Jumperform, in bast Kretonne und Water	1¹⁰
---	-----------------------

Eleg. Spitzenwäsche

aussergewöhnlich preiswert

Spitzen-Untertaillen Jumperform	1⁵⁰
Spitzen-Hemdhoosen Windelform, mit feinen Spitzenmotiven elegant ausgeführt	4⁷⁵
Spitzen-Prinzessröcke mit feinen Spitzen-Motivinsätzen reich ausgestattet	7⁵⁰
Broché-Hüfthalter eleg. ohne Rücken-schnitt, im Rücken 2 durchgeh. Gummistiele und Rüschenhalter	5⁰⁰
Crêpe-Morgenröcke eleganz, m. langem Schößl u. Normengarnit, in viel. mod. Farben	4⁵⁰

Kunstseiden-Trikot weiss und schwarz, ca. 140 cm breit	Meter	3⁷⁵
--	-------	-----------------------

Bastseide bedruckt	Meter	5³⁰
---------------------------	-------	-----------------------

Waschstoffe

Batist bedruckt	Meter	85^{pr}
Crêpe marocain bedruckt Baumwolle, gross Musterwahl	Meter	1²⁵
Vollvoile bedruckt Doppelflecht, aparte Muster	Meter	1⁴⁵
Vollvoile bestickt zirka 110 cm breit	Meter	2³⁵

Weisser Filzhut aus Filzstreifen (weich verarbeitet)	4⁹⁰
--	-----------------------

Waschblusen für Knaben	für 2 bis 3 Jahre	1²⁵	für 6 bis 8 Jahre	1⁷⁵
----------------------------------	-------------------	-----------------------	-------------------	-----------------------

Original-Thermosflaschen ca. 1 Liter Inhalt, mit Aluminiumbecher und -oberteil, ca. 24 Stunden heiss oder kalt haltend	1³⁵
--	-----------------------

HERMANN TIETZ

Am 3. Juli eröffnet nach langem Schwestern die neue untere Galerie der Schützinger

Edwin Heigrodt
Um Ihre Teilnahme bitten die Kinder
Cuisse, Reno, Gault.
Die Eröffnung findet Donnerstag, den 9. Juli, 8 Uhr nachm. im Revolverklub Schützinger statt.

Am 3. Juli eröffnet nach langem Schwestern die neue untere Galerie der Schützinger

Reinr. Raedisch
Gemeinlich, Freitag, mittags 12 Uhr, alle Gerichte gratis

Staatstheater Schauspielhaus
Sommergastspiel 1925
Leitung: Leo Walther Stein
Täglich 8 Uhr:
Kreuzfeuer
Lustspiel von K. Presber und L. W. Stein

Schiller-Theat.
Operettenspieltzeit
8 Uhr:
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora - Lettier - Nyngau - Spira - Basell - Heidemann - Dieckmann - Hiller - Kuthan - Ledebour

Volkshäuser
U. Die deutschen Kleinstädter
Theater im Admiralspalast
Täglich 8 Uhr:
Chocolate Kiddies
Amerikas größte farbige Künstler.
Sonn- u. 2 Vorstellgen. 8¹⁵ und 8⁴⁵ Uhr.
Die Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen!

Metropol-Theat.
8¹⁵ Uhr: Tausend süße Beinechen

Th. d. Westens
Steinpl. 90/1 8U:
USCHI
v. Jean Gilbert
mit Dora, Fr. Scharf, Gertrude Karner

Th. am Kolib. Tor
Kottbuser Str. 67
Tägl. 8 Uhr:
Elle-Sänger.
Neues Progr. Unser Haus erdröhnt unter den Lachsalzen des begünst. Publikums. Täglich ausverkauft! **Wunder!**

Komische Oper
s. U. Dir.: James Klein 4 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

WINTERGARTEN
Der ausserlesene Juli-Spielplan (Freitag abends)

Berliner Praier
Kastanienallee 7-9
Heute **Großes Kinderfest**
Gratisverlosung, Belustigungen aller Art. — Fackel- u. Polnische Märsche ab 3 Uhr geöffnet
Anfang 4¹⁵ Uhr Eintritt 50 Pf.

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten **Dresdn. Viktoria-Sänger**
Anfang 8 Uhr. — 1. August: **Dönhoff-Brett!**
Saal und Garten
Das entscheidende **Juli-Programm!**

S. U. Trianon-Th.
Die Tugendprinzessin
Musik v. Kurt Zorlig
Helmuth, Kettner, Sandt, Radetzky, Reiter, Serenya

Operettenhaus am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der kleine Kuppler
Sonnab. z. 50 Male
Der kl. Kuppler
Inferieren bringt **ERFOLG!**

Rose-Theater
W. U.: Die große Kall Gärtenbühne:
7¹⁵ U.: **Rund um die Heroltha**

Magen
Istherbe nehmen die besten Reiche Magenprobleme, bes. rebröte Sleigt R. 1-2.30. In Drogerien u. Apotheken, sonst bei Otto Reichel, Berlin U. 50. Ellenbühlstr. 4.

Abessinier-Pumpe
L. Laubenkolonist z. Selbstausst. **Flüssigen, Kirschen, Pumpen, Schüssel, Brüder & Lohau**
Pumpenfabr. **Wassersstraße 14, 2. Wk. v. 8. Juni-17.**

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Etage

KONFEKTION FOR ALLE

TEILZAHLUNG
Kleine Anzahlung! Bequeme Raten!

Jeder

1 Brunnenstrasse 1
Frankfurter Kolibuser Charlottbgr.
Allee 350 Damm 103 Scharrenstr. 2

Theater, Lichtspiele usw.

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die blaue Stunde
Lustspiel von Felix Jasny
Kraus, Sant, Nator, Schön-Gönn, Rat

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Meisken
Sonnab. z. 50. Male
Meisken

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Angele
Komöd. v. Harleben
Der Arzt seiner Ehre
Grotteske v. Maxgrod

Komödienhaus
7¹⁵ Uhr:
Der letzte Kuß

Berliner Theater
7⁴⁵ Uhr:
Anneliese v. Dessau

Theat. am Kolib. Tor
Kottbuser Str. 67
Tägl. 8 Uhr:
Elle-Sänger.
Neues Progr. Unser Haus erdröhnt unter den Lachsalzen des begünst. Publikums. Täglich ausverkauft! **Wunder!**

Zoologisch. Garten Aquarium
Affen-Sonderschau
Tierkennstausstellg.
Tägl. ab 4 Uhr:
Gr. Konzert

ATA
HENKEL'SCHE ERPUWER



Der ATA-Engel ist vergnügt, weil seine Arbeit nur so fliegt. In heller Freude ruft er aus: ATA gehört in jedes Haus! ATA putzt und reinigt alles!



Nelson-Fahrräder
direkt ab Fabrik zu Original-Fabrikpreisen

Seit 1. Januar 1924
weit über 12000 Fahrräder
u. Fahrradrahm. allein in Berlin verkauft

Halbrennmaschinen 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie, M. 55.-	Solide Tourenmaschinen 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie, M. 78.- 60.-
Nelson-Tourenräder für Damen und Herren 1 Jahr schriftl. Fabrikgarantie, M. 84.-	Nelson-Luxusräder 3 Jahre schriftl. Fabrikgarantie Nelson-Rennmaschinen

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung!
Man verlange kostenlos unsere reichillustrierte Preisliste

Nelson-Fahrradbau G. m. b. H.

Fabrik und Versandabteilung für auswärtig:
Berlin-Schöneberg 305, Akazienstraße 28
Fabrik-Verkaufsniederlagen:
Berlin-Zentrum, Große Frankfurter Str. 66
Berlin-Norden, Chausseestraße 84
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 96
Berlin-Neukölln, Berliner Str. 35-39

Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Sowjetrussischer „Freihandel“.

Außenhandelsmonopol und Zolltarif.

In Verbindung mit der Zolltarifvorlage im Reichstage verliert sich im ganzen Reiche der Klassenkampf, der zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen geführt wird. Die Sozialdemokratie führt einen entschiedenen Kampf gegen die Zolltarifnovelle, indem sie den Nachweis erbringt, daß sie den Interessen der Volkswirtschaft widerspricht und die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen bedeutend verschlechtert wird. Eine leichtere Stellung haben die deutschen Kommunisten gewählt. Ohne sich der Mühe zu unterziehen, den Zolltarifen auf keinen sachlichen Inhalt zu prüfen, wiederholen sie lediglich die Parole „Nieder mit den Zöllen, es lebe der Freihandel!“ Ueberflüssig zu sagen, daß sie hierbei ihre ganze Energie nicht gegen den wirklichen Feind, das reaktionäre Bürgertum, richten, sondern gegen die Sozialdemokratie, auf deren Schultern die ganze Last der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Schichten ruht.

Es ist nun von besonderem Interesse, in Verbindung mit dieser Haltung der Kommunisten die Praxis des Außenhandels in Sowjetrußland kennenzulernen, dessen Politik einzig und allein von den Kommunisten bestimmt wird.

In Rußland gibt es zunächst keine Freiheit für Ein- und Ausfuhr, es wird vielmehr in strengster Weise ein Außenhandelsmonopol durchgeführt. Unter diesem System ist die Frage über die Struktur und den Umfang der Zolltarife von untergeordneter Bedeutung. Der Umfang und die Struktur des Außenhandels werden in Rußland nicht durch Zölle, sondern durch den Umfang bestimmt, daß man für die Ein- oder Ausfuhr eines jeden Warenpostens eine besondere Genehmigung, eine Lizenz, braucht. Als vorwiegend agrarisches Land führt Rußland landwirtschaftliche Produkte aus, während es hauptsächlich fertige Industriewaren einführt. Von besonderem Interesse ist nun die Frage, wie sich in Rußland die Einfuhr gestaltet, da die Ausfuhroperationen nicht nur von allen Zöllen befreit sind, sondern in jeglicher Weise auch vom Staate gefördert und zu 96 Proz. von staatlichen Körperschaften durchgeführt werden. Der Staat könnte bei diesen Operationen ungeheure Einnahmen haben, indem er die Differenz zwischen den niedrigen Preisen der Rohstoffe und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem inneren Markte und den hohen Preisen auf dem Weltmarkte für sich in Anspruch nähme. Aber die

ungeheuren Spejen der bürokratischen Staatsorgane bei diesen Operationen machen die Ausfuhr oft unrentabel, wie das nach dem Zeugnis der amtlichen Sowjetorgane in verfloßener Jahre bei der Ausfuhr von Getreide, Raphia, Eiern, ja selbst bei der Ausfuhr von Kaviar der Fall war. (Siehe „Pravda“ Nr. 206 und „Ekonomschestsje Obozrenje“ Nr. 13.)

Die Einfuhr nach Sowjetrußland ist zahlenmäßig sehr gering. Im letzten Jahre vor dem Kriege (1913) betrug die Einfuhr nach Rußland 1220 Millionen Rubel. In den Jahren nach dem Kriege und dem bolschewistischen Umsturz ist sie ungleich geringer geworden. Sie belief sich 1921/22 auf 270 Millionen Rubel; 1922/23 auf 149; 1923/24 auf 207 Millionen Rubel, d. h. auf nur 17 Proz. des Vorkriegsstandes. Außer der grundlegenden objektiven Ursache der Zerstörung der Volkswirtschaft und der Armut der russischen Bevölkerung, spielt bei der langsamen Wiederherstellung der Einfuhr nach Rußland

der übermäßige industrielle Protektionismus der Sowjetregierung und insbesondere die Form, in der sie verwirklicht wird, eine große Rolle. Der Hauptinhalt der Außenhandelspolitik der Sowjetregierung besteht, wie aus dem amtlichen Bericht des Außenhandelskommissariats „Ergebnisse des Außenhandels für das Jahr 1923/24“ (Moskau 1925) mit aller Deutlichkeit hervorgeht, in der Bewirklichung der industriellen Schutzpolitik. Ihr werden auch die Interessen des Fiskus geopfert, der sich damit ausführen muß, daß die gesamten Zolleinnahmen im Jahre 1923/24 nur 60 Millionen Rubel ergaben, von denen 97 Proz. auf die Einfuhr entfielen.

Man muß mit aller Bestimmtheit sagen, daß die derzeitige Einfuhr nach Sowjetrußland, dessen Warenbedarf ungeheuer groß ist, in schärfster Weise durch die Politik der Sowjetregierung bewußt herabgedrückt wird und daß für viele Waren durchgänglich ein System der Einfuhrverbote besteht. Der Umstand, daß dieses System nicht durch hohe Zölle, sondern durch die Verweigerung von Einfuhrgenehmigungen verwirklicht wird, erhöht nur noch die Strenge dieses Verbotsystems, ohne an seinem ökonomischen Inhalte etwas zu ändern. Man muß schon die Prinzipienlosigkeit der deutschen Kommunisten besitzen, um die Außenhandelspolitik Moskaus zu preisen und gleichzeitig die deutsche Sozialdemokratie deshalb zu beschimpfen, weil diese in ihrem energischen Kampfe gegen den reaktionären Zolltarifenwurf es dennoch ablehnt, zu einer Zeit, wo Deutschland Handelsverträge mit den Staaten der ganzen Welt abzuschließen muß, auf Verhandlungszölle zu verzichten. Schen wir nun zu, wie die industrielle Schutzpolitik die russischen Kommunisten auf die Bedürfnisse der russischen Volkswirtschaft und auf

die Interessen der Bauern- und Arbeitermassen einwirkt. Auch in dieser Frage wie in vielen anderen wird eine richtig gestellte Aufgabe durch das doktrinaire Streben der Kommunisten nach einem „Radikalismus um jeden Preis“ verzerrt und in der Praxis direkt als absurdum geführt. Die Interessen der russischen Industrie, die ökonomisch und technisch geschwächt ist, ebenso wie die Interessen des ganzen Landes mögen vielleicht für die nächste Zeit in Rußland eine industrielle Schutzpolitik erfordern. Aber abgesehen von der Frage, ob diese Aufgabe nicht durch eine elastische Zollpolitik und ein System der Handelsverträge besser verwirklicht werden könnte, als durch das schwerfällige, kostspielige und jede kaufmännische Betätigung hemmende System des Außenhandelsmonopols, können wir behaupten, daß die Einschränkung der Einfuhr

nach Rußland so groß und so willkürlich ist, daß sie sowohl auf die Industrie und die Landwirtschaft, wie auf die Interessen der breiten Massen der Verbraucher eine

verhängnisvolle Wirkung

ausübt. Man könnte eine Politik verstehen, die jene Industriezweige, die zurzeit in Rußland bestehen und Produkte in genügenden Mengen zu erschwinglichen Preisen erzeugen, durch Erziehungszölle vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen suchen. Aber man verbietet erst die Einfuhr solcher ausländischer Maschinen, die für die russischen Fabriken unbedingt notwendig sind und die niemals in Rußland selbst hergestellt wurden, nur aus dem Grunde, weil in irgendeiner Sowjetkommission der Entwurf einer Unmonumentierung der Fabrik X zum Zweck der Herstellung der in Frage kommenden Maschinen ausgearbeitet wird! Hierbei wird weder berücksichtigt, wann diese Maschinen hergestellt werden könnten, noch wie die speziell hierzu erforderlichen Einrichtungen auf den Preis der geringen Anzahl der notwendigen Maschinen einwirken werden. So wird beispielsweise die Unmonumentierung der russischen Textilfabriken deshalb nicht durchgeführt, weil der Beschluß gefaßt worden ist, die hierzu erforderlichen Maschinen in russischen Fabriken herzustellen, die erst speziell für diesen Zweck umgebaut werden; ebenso wird für die Herstellung von 12 Elevator-Kranen der kostspielige Umbau eines Wertes vorgenommen, das für diese Zwecke absolut nicht geeignet ist. Betriebe, die Maschinen und Werkzeuge bestimmter deutscher und englischer Firmen besitzen, wenden sich vergebens an das Außenhandelskommissariat, um die Erlaubnis zur Einfuhr von Maschinenteilen als Ersatz für schadhaft gewordene Teile der Maschinerie zu erhalten. Sie erhalten einen abschlägigen Bescheid mit dem Hinweis, daß sie diese Maschinenteile in russischen Fabriken herstellen sollen. Man könnte Dutzende von Fällen anführen, wo maschinelle Einrichtungen, die in deutschen Lagern in Mengen vorhanden sind, monatelang in Rußland dergestalt und dann als unbrauchbar zurückgewiesen werden. Nun kann theoretisch ein System des Protektionismus nur dann einen günstigen Einfluß auf die nationale Industrie ausüben, wenn Tarifsätze von geringer Höhe die Industrie anregen, die Produktion zu verbilligen und zu verbessern. Dagegen können hohe Zölle und Einfuhrverbote nur eine rassistische Industrie großpäppeln, die in ihrer hoffnungslosen Defizitwirtschaft verurteilt ist. Der Stand einer Reihe russischer Industriezweige unter dem Jozismus bildete eine grelle Bestätigung dieses Satzes.

Die Sowjetregierung wandelt aber in den Bahnen der zaristischen Schutzpolitik.

Die Sowjetindustrie, die nicht durch Zölle, sondern durch festverschlossene Grenzen geschützt ist, produziert Waren, die um das Dreifache teurer sind als die Waren auf dem Weltmarkte.

Nicht minder krankhaft wirkt die Außenhandelspolitik der Sowjetregierung auf die Interessen der russischen Landwirtschaft zurück. Nach den amtlichen Angaben besitzen 30 Proz. aller russischen Bauernwirtschaften keinen Pflug; nur 15 Proz. von ihnen besitzen Erntemaschinen (siehe „Ekon. Schizn“ Nr. 163); 60 Proz. aller im Besitz der Bauernschaft befindlichen Mäh- und Dreschmaschinen funktionieren nicht, weil die Ernteteile im Lande selbst nicht erzeugt werden können (siehe Angaben des Landwirtschaftskommissariats). Die Sowjetpresse hat offen verkündet, daß wegen mangelnder Produktion der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen nur zu einem Teil befriedigt werden könne, und zwar die Nachfrage nach Pflügen zu 40 Proz., Erntemaschinen zu 16 Proz. usw. (siehe „Pravda“ Nr. 65). Es müßte jedem klar sein, daß die richtig verstandenen Interessen der russischen Industrie (die schon vor dem Kriege nur 62 Proz. des inneren Bedarfs deckte) sowie die Interessen der russischen Landwirtschaft und der Volkswirtschaft als Ganzes betrachtet, die Förderung der intensivsten Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen und Einrichtungen notwendig machen. Die Sowjetregierung hatte scheinbar diese Notwendigkeit erkannt und die Zölle für diese Erzeugnisse abgeschafft. Aber hier zeigte sich in vollem Maße die Verderblichkeit des Systems der Einfuhrgenehmigungen der russischen Sowjetregierung. Bald aus Erwägungen des Schutzes einer aktiven Handelsbilanz, bald im Interesse des Absatzes der minderwertigen Erzeugnisse der russischen Fabriken oder einfach infolge der endlosen Verschleppungen in den Sowjetkanzleien ist der russische Bauer auch heute noch dazu verurteilt, seinen Boden mit selbst angefertigten primitiven Werkzeugen zu bearbeiten. Hierbei handelt es sich keineswegs um die schwache Kaufkraft des russischen Bauern. Zahlreiche Lokalberichte in der Sowjetpresse weisen einmütig darauf hin, daß die Bauern monatelang darauf warten, daß sie bei dem Ankauf eines russischen Pfluges an die Reihe kommen und daß ein zufällig nach Rußland geratener guter Pflug ausländischer Herkunft von den Bauern in heftigster Weise begehrt wird.

Drosselung des Massenkonsums.

Nicht minder schädlich ist die Wirkung des Außenhandelsmonopols auf die Interessen der breiten Verbraucher-massen. Berechtigt sind die hohen Zölle für Luxusgegenstände, verständlich sogar Verbotsmaßnahmen gegen die Einfuhr bestimmter Waren, aber völlig falsch ist jene Einfuhrpolitik, die die Sowjetregierung gegenüber den Waren anwendet, die Gegenstand des Massenkonsums sind. Die russische Produktion hat zurzeit nur 60 Proz. des Vorkriegsstandes, in einigen Industriezweigen, z. B. in der Metallindustrie, sogar nur 30 Proz. erreicht. Im Lande herrscht ein chronischer Warenmangel. Die Preise für Industrieerzeugnisse sind um das Vielfache höher als auf dem Weltmarkte. Infolge Mangels an Nägeln, Eisenblech und Fensterglas lebt der russische Bauer in halbverfallenen Hütten. Er kann keinen Reittun für Hemden oder für Frauenkleider kaufen. Ebenso muß der Arbeiter alle Industrieerzeugnisse (Kleidung, Schuhzeug, Küchen- und Hausgeräten usw.) um das Vielfache teurer bezahlen. Alles zu Ehren

einer Schutzpolitik, die das Gegenteil von dem erreicht, das sie erstrebt! Selbst dann, wenn die Genehmigung für die Einfuhr bestimmter Waren oder Lebensmittel gegeben wird, kommen die eingeführten Waren nicht zu durchschnittlichen Handelspreisen auf den Markt. Zum Schutz des entsprechenden Industriezweiges werden die ausländischen Waren durch den Apparat der entsprechenden staatlichen Organisation vertrieben, die für die eingeführten Waren einen Durchschnittspreis festsetzt. So verfuhr man mit den eingeführten 4 Millionen Pud Zucker, die durch die Organisation „Sacharo-Truist“ zu einem Preise von 1,50 R. das Kilo vertrieben wurden; daselbe geschah mit elektrischen Einrichtungsgegenständen, die durch den „Elektro-Truist“ verkauft werden, der die guten ausländischen Glühlampen nur unter der Bedingung abgab, daß zwei minderwertige russische mit in Kauf genommen wurden. In welchem Lande, unter welchem Zollsystem wäre eine solche Rücksicht der Interessen der Konsumenten möglich!

„Selbstblockade“ — sagt Trozki!

Schon längst herrscht in den Reihen jener russischen Kommunisten, die etwas von wirtschaftlichen Fragen verstehen, eine heftige Unzufriedenheit mit dem Außenhandelsmonopol. In der Periode der kommunistischen „Diskussion“ wurde die Frage der Aufrechterhaltung einer aktiven Handelsbilanz heftig umstritten. Noch vor kurzem erachtete Trozki, der nun zu den Mitgliedern des Obersten Rates der Volkswirtschaft gehört, es als notwendig, kategorisch zu erklären, daß er „ein Anhänger des sozialistischen (!) Protektionismus“ sei, daß aber dieser Protektionismus sich keinesfalls in eine Selbstblockade verwandeln dürfe (siehe „Handels- und Industriezeitung“ vom 19. Juni). Aber trotzdem besteht nun schon seit einer Reihe von Jahren das Außenhandelsmonopol, dessen schlimmster Moment, das Lizenzsystem, unangefastet bleibt. Diesem Monopol unterwerfen sich sowohl die Statuten der Gemischten Gesellschaften (die 4,5 Proz. der gesamten Einfuhr in Händen haben), wie alle Handelsverträge, die die Sowjetregierung bisher mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Das starre System des russischen Außenhandelsmonopols ist auch das stärkste Hindernis für den Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages. Die Sowjetregierung hat es bisher nicht beabsichtigt, obwohl sie durch ihre Preise und ihre Agitatoren in Deutschland dauernd die Notwendigkeit eines deutsch-russischen Wirtschaftsverbundes anpreisen läßt.

In einem Punkte haben freilich die Kommunisten recht: Im Gegensatz zu den bürgerlichen Staaten bereichert der industrielle Protektionismus in Rußland nicht unmittelbar die Bourgeoisie oder die Agrarier, obwohl gleichzeitig festgestellt werden muß, daß sich im Umkreise der staatlichen Handelsorgane ein Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation“ vollzieht, bei dem sich verschiedene Geschäftsmacher, die den Grundstein der neuen russischen Bourgeoisie bilden, bereichern. Aber selbst die Tatsache, daß das Außenhandelsmonopol die Sowjetregierung, diesen unjähigen Leiter der russischen Wirtschaft, nicht bereichert, vermag den zerstörenden Einfluß nicht zu rechtfertigen, den die sowjetrussische Handelspolitik auf die russische Volkswirtschaft ausübt. A. Jugow.

Die Lage der Pflasterstein- und Schotterindustrie. Wie die Konjunkturkorrespondenz hört, ist dieses Gewerbe zurzeit noch recht gut beschäftigt. Die Auftragsbestände weisen eine befriedigende Höhe auf. In letzter Zeit haben sich jedoch die Ausfuhr nicht unerheblich verschlechtert, da eine ganze Reihe von Städten ihr Straßenbauprogramm eingeschränkt und bereits erzielte Aufträge teilweise annulliert haben. Der Grund für diese Maßnahmen ist darin zu erblicken, daß die Städte für den Finanzausgleich jetzt schon Mittel juridizieren und insofern ihren Etat einzuschränken suchen. Daß es sich hier um nicht unbedeutende Annullierungen von Aufträgen handelt, zeigt das Beispiel Berlins, das Aufträge in Höhe von zirka 5 Millionen M. rückgängig gemacht hat. Eine weitere recht erhebliche Erschwerung befürchtet man durch die zum 1. August dieses Jahres in Kraft tretende 22prozentige Frachterhöhung für diese Baustoffe, die das Material von 10—11 Proz. am Lieferplatze verteuern dürfte. Da die Auftraggeber für diese Industrie in erster Linie Kommunen und Behörden sind, die mit einem festen Etat rechnen müssen, wird sich die Erhöhung der Preise in einer Verringerung der Aufträge um den gleichen Betrag auswirken müssen. Andererseits wird die Frachterhöhung sich in einer Stärkung des ausländischen Wettbewerbs, besonders der schwedischen Steinindustrie, der die günstigen Wasserfrachten zur Verfügung stehen, bemerkbar machen. Hinzu kommt noch, daß die Wasserfrachtlage zurzeit ziemlich gedrückt ist. Von der schwedischen Konkurrenz bedroht, fordert die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie erhebliche Schutzzölle. Die künstliche Hochhaltung der Zölle kann aber die Abhängigkeit dieses Gewerbes nur noch weiter beeinträchtigen. Die Umsätze müßten auf die Dauer noch weiter zurückgehen. Die Schutzzölle vermögen nichts dagegen auszurichten. Der Arbeitsmarkt in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, die zirka 45 000 bis 50 000 Arbeiter beschäftigt, liegt vorläufig noch günstig. Arbeitslose sind nicht vorhanden, und man rechnet damit, die Zahl der Arbeiter noch erheblich zu vergrößern. Entsprechende Vorkehrungen zur Anwerbung von Arbeitern waren bereits getroffen, und man hoffte namentlich aus dem Bergbau, der zurzeit sehr schlecht beschäftigt ist, überschüssige Arbeiter ausnehmen zu können. Angesichts der neuen Lage besteht aber wenig Aussicht, die beabsichtigte Vergrößerung der Industrie durchzuführen.

Interessengemeinschaft Krupp-Rheinmetall. Zwischen Krupp und Rheinmetall ist zur besseren Ausnutzung ihrer fabrikarischen Einrichtungen und zur Ersparrnis an Personal eine Interessengemeinschaft auf dem Gebiete des Lokomotiv- und Waggonsbaues abgeschlossen.

Musikaufträge. Übergibt man mir dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Königsplatz 4310, 4045), Geschäftszeit 9 bis 6, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Die dicke runde
KIBARI 3 SCHERIF
 ohne Mundstück
 WENESTI
 Flaches modernes Format
 Gold- / Strohh- / Kork-

Krankenkassen und Sozialversicherung.

Vom 29. Krankentag.

München, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der 29. Krankentag beschäftigte sich am zweiten Verhandlungstag mit der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Dazu lag eine Entschließung des Vorstandes vor, die an dem Gedanken festhält, daß die deutsche Sozialversicherung aufzubauen ist auf der Grundlage örtlich und bezüglich gesellener einheitlicher Versicherungsträger, die alle Zweige der Sozialversicherung umfassen. Auch die Arbeitslosenversicherung sei diesen Versicherungsträgern anzugliedern. Bis diese grundsätzliche Forderung erfüllt ist, hält der Deutsche Krankentag eine sofortige Regelung des Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage der Versicherung für dringend notwendig. Die Krankenkassen sind dabei bereit, ihre Einrichtungen der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen, um deren Organisation zu verbilligen; sie sind insbesondere bereit, bei Ersatz der Unkosten den Beitragseinzug zu übernehmen. Der Referent zu diesem Thema, Ministerialdirektor Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium, teilte in seinen Ausführungen mit, daß der Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes dem Reichsminister bereits vorliegt, das im Laufe der nächsten Woche dazu Stellung nehmen werde.

Als zweiter Gegenstand wurde die Unfall- und Krankenversicherung erörtert. In der dazu vorliegenden Entschließung werden die durch das Gesetz zur Wenderung der Unfallversicherung herbeigeführten Verbesserungen begrüßt, es wird aber die Erwartung ausgesprochen, daß bald eine Um- und Ausgestaltung des zwischen dem Verbande der Berufsgenossenschaften und dem Hauptverbande der Krankenkassen geschlossenen Abkommens vorgenommen wird, damit unter der Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsversicherungsamtes ein lückenloses Zusammenarbeiten der Versicherungsträger gewährleistet wird. Das Referat hierzu erstattete Reichstagsabgeordneter Hoch. Er nannte das jüngste Gesetz in der Unfallversicherung wiederum eine Flickarbeit, aus der auch bei weiterer Flickerei nichts Gutes mehr herauskommen könne. In den letzten Tagen sei eine neue Vorlage erschienen, die ein

Warnungsjahr für weiteste Kreise

sein sollte, nämlich der Gehehrentwurf über Abänderung des Beurlaubungsverordnungsgesetzes. Darin wird bestimmt, daß die ausgeschiedenen Mitglieder der Wehrmacht bei Behörden angestellt werden sollen. Wenn dieses Gesetz in Gestalt der Vorlage durchgeht, würde die Wirkung die sein, daß man z. B. den

Krankenkassen vorschreiben kann, daß sie von ihren Stellen soundsovielle mit ausgeschiedenen Mitgliedern der Wehrmacht zu besetzen hat. Diese Mitteilung rief lebhaftes Erstaunen hervor.

Als dritter Punkt wurde das Thema „Wochenhilfe und Gemeinlast“ behandelt. In der entsprechenden Entschließung heißt es: Der Krankentag erklärt es für eine unabwendbare Pflicht der Krankenkassen, sich weiter in verstärktem Maße der Fürsorge für unseren Volkswachstum zuzuwenden. Sie sind deshalb bereit, an der Ausgestaltung des Mutterkurses, die ihren Ausdruck vor allem in einer ausreichenden Wochenhilfe finden muß, mitzuwirken und zu ihrem Teil auch die entstehenden Lasten mit zu übernehmen. Dagegen müssen sie es ablehnen, als alleinige Träger der Lasten der Wochenhilfe aufzutreten; sie verlangen vielmehr eine angemessene Verteilung der entstehenden Kosten auf das Reich und die Versicherungsträger. Es wird ein Betrag mindestens in der Höhe des Krankengeldes verlangt, damit daraus die Kosten einer besseren Pflege gedeckt werden können. Erforderlich ist weiter eine Heraushebung des einmaligen Betrages zu den Kosten der Einbindung auf 50 Mark. Unter allen Umständen lehnt der Deutsche Krankentag eine Befreiung des bisherigen Stillgeldes ab.

In einer persönlichen Bemerkung erklärte Ministerialdirektor Grieser, daß das Reichsarbeitsministerium bereit ist, auf dem Gebiete der Selbstverwaltung

weitere Zugeständnisse

zu machen. Er persönlich rechne das neue Gesetz der Unfallversicherung zu den großen gesetzgeberischen Werken; an innerem Gehalt könne wohl kein Gesetz des Auslandes an dieses heran. Der ungeheure Fortschritt in diesem Gesetz bestehe darin, daß allen Verletzten, nicht nur den Arbeitern und Angestellten, sondern auch den versicherten Unternehmern, ein Anspruch auf Wiederherstellung des früheren körperlichen und beruflichen Zustandes zugesichert ist, ebenso die Krankenbehandlung im allerweitesten Sinne des Wortes. Auf dem Gebiete der Selbstleistung ist der ungeheure Fortschritt der, daß die letzten Unfallrenten, unabhängig von den bis 1. Juli 1914 entstandenen, aufgewertet werden, nicht nach dem Lohn der Zeit, in der der Unfall geschah, sondern nach dem heutigen Lohn. — Die vorliegenden Entschließungen wurden einstimmig angenommen und darauf die Verhandlungen auf Dienstag vormittag vertagt.

An seinem letzten Verhandlungstag beschäftigte sich der Deutsche Krankentag mit der sozialhygienischen und sozialpolitischen Bedeutung der Behandlungsanstalten. Das Referat hierzu erstattete der Berliner Stadtarzt Dr. Roeder. Seine Ausführung ergänzte Dr. Pyrsil-Berlin. Darauf wurde

einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes niedergelegt ist:

„Durch den Wirtschaftsprozeß der neuen Zeit sind für große Bevölkerungssteile neuartige gesundheitliche Bedürfnisse entstanden, denen sich die Ärzteschaft nicht gewachsen zeigte. Infolge der Einzelarbeit kann die Ärzteschaft die an sie gestellten Anforderungen nicht bewältigen; sie befindet sich daher in einer scharfen beruflichen und wirtschaftlichen Krise. Diese kann ihre Lösung nur finden durch eine Organisation, in der die Gemeinschaftsarbeit Grundlage ist. Für eine solche können Behandlungsanstalten der Krankenkassen eine brauchbare Grundlage geben. Zugleich ist zu versuchen, die Ärzteschaft in ein großes System sozialfürsorglicher Betreuung organisch einzugliedern. Die Krankenkassen werden, ohne eine untragbare Belastung auf sich nehmen zu müssen, durch die Behandlungsanstalten infandgesetzt, den Ärzten ein Durchschnittseinkommen und eine Altersversorgung zu garantieren. Die medizinische Wissenschaft und die Bevölkerung werden aus diesem System einen Nutzen zum Wohle der gesamten Bevölkerung ziehen.“

Das letzte Referat betraf die zahnärztliche Behandlung im Eigenbetriebe der Krankenkassen, wozu der Braunschweiger Zahnarzt Dr. Lemald referierte. Auch die hierzu vorliegende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Am Schluß erstattete noch Geschäftsführer Lehmann-Charlottenburg den bereits im Verbandsorgan mitgeteilten Geschäftsbericht. Er stellte fest, daß nach der endgültigen Auszahlung der Münchener Tagung von 1768 Teilnehmern besucht war, die 8538 679 Versicherte vertraten. Im Namen des Vorstandes wandte er sich schließlich noch gegen den Gehehrentwurf über die Abänderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes, weil die Versorgung der ausgeschiedenen Wehrmachtangehörigen auf Kosten der Selbstverwaltung der Krankenkassen durchgeführt werden soll. Als erster Vorsitzender wurde wiederum Ahrens-Charlottenburg gewählt, und als nächster Tagungsort Düsseldorf bestimmt.

Sigewelle in Amerika.

London, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus New York wird eine neue Sigewelle gemeldet, der bereits mehrere Personen zum Opfer gefallen sind. Die Anzahl der Obduktionen und der Sonnenstiche ist erschreckend gestiegen. Auch aus Chicago wird von zwei Todesfällen infolge der plötzlich eingetretenen Hitze berichtet.

Wetter für Berlin und Umgegend: Nach Gewitter wieder heiter und warm. Für Deutschland: Von West nach Ost fortschreitende Gewitterbildung.

Wie entstehen, wie vergehen Hämorrhoiden?

Wie bei allen Krankheiten, so unterscheidet man auch bei Hämorrhoiden gutartige und bössartige. Hämorrhoiden, die vernachlässigt werden, können leicht bössartig werden und sind dann nicht heilbar. Im Gegenteil, sie breiten sich immer mehr aus, wandern immer tiefer in den After hinein, die Knoten werden größer und schmerzhafter und verleben dem Kranken nach und nach jede Lebensfreude. Der Moment ist gekommen, wo bei geringen Anstrengungen die Gefahr von Blutungen akut wird und Gerinnsel in die Blutbahnen kommen können. Blutgerinnsel in den Adern sind aber direkt eine Lebensgefahr, da sie die Blutgefäße verstopfen.

Das Hämorrhoidenleiden ist leicht zu bessern, wenn es mit genügender Sorgfalt beobachtet und

behandelt wird. Hierzu gehört dreierlei. Erstens peinlichste Sauberkeit der erkrankten Teile, zweitens Sorge für leichten Stuhlgang, aber nicht etwa, indem wahllos Abführmittel eingenommen werden, und drittens gründliche Behandlung der Afterpartie durch eine hierzu besonders geeignete Salbe. Dadurch wird der Entzündung und späteren Vereiterung der Hämorrhoiden vorgebeugt. Die fühlende Salbe muß die Schmerzen lindern und die Schrumpfung der Knoten bewirken. Die entzündungserregenden Bakterien müssen vernichtet werden und eine gründliche Desinfektion des ganzen Mastdarms muß einsehen.

Alle diese Eigenschaften sind in geradezu idealer Weise vereint in der Hämorrhoidensalbe „Humidon“. Dieses Spezialmittel wird nach den neuesten Erfahrungen ärztlicher Wissenschaft hergestellt und ist in einer reinen Jantube mit Afterrohr bequem und überall anzuwenden. Schon nach kurzem Gebrauch verschwinden die unangenehmen Erscheinungen, wie Jucken, Schmerzen und Spannen. Die Blutungen hören auf, die Knoten schrumpfen und

das Allgemeinbefinden und damit der Seelenzustand wird zusehends besser.

Die Hämorrhoidensalbe „Humidon“ ist tausendfach erprobt und wird allgemein gelobt, selbst von solchen Kranken, die meinten, daß ihnen nur noch eine Operation helfen könnte.

Herr Alfred D. . . . Dresden, schreibt: „Es muß anerkannt werden, daß „Humidon“ tatsächlich das Mittel gegen Hämorrhoiden ist. Es erzeugt mit seiner sofort einsetzenden Heilkraft geradezu Wunder. Meinem Arzt habe ich glückstrahlend das Mittel gepriesen und zur Verordnung empfohlen.“

Ähnliche Anerkennungs schreiben liegen in großen Mengen vor. Aber auch namhafte Ärzte schlossen sich dem begeistertsten Lob der Kranken an. Herr Dr. med. Ch. . . . schreibt:

„Danke meiner Tätigkeit als Arzt in einem der größten Geschäftsbauher Berlins standen mir die vielen Hämorrhoidenkranken in diesem Hause für meine Beobachtungen zur Verfügung. Da mir die Bestandteile des

„Humidon“ bekannt sind, so mußte ich daselbe schon theoretisch für ein gutes Hämorrhoidenmittel halten, und die von mir erzielten Erfolge entsprachen durchaus meinen Erwartungen.“

„Humidon“ hat durchschlagenden Erfolg, und mir scheint, daß diese Salbe anderen Mitteln, besonders durch die Schnelligkeit ihrer Wirkung, überlegen ist. Ich werde weiterhin „Humidon“ den Vorzug geben.“

Die Versandapotheke der „Humidon“-Gesellschaft (Apothekenz. weißen Kreuz) schickt jedem, der es wünscht, kostenlos eine ausreichende Probe „Humidon“ und eine ärztliche Aufklärungsschrift über die Entstehung, Behandlung und Heilung von Hämorrhoiden.

Berlangen Sie sofort eine Probe „Humidon“ umsonst und schreiben Sie noch heute, ehe Sie es vergessen, an die „Humidon“-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Block 15.

Eile geboten!

Plüsch-Mantel, jetzt 98-
 Complet, jetzt 42-
 Anorak, jetzt 19-

Kostüm, numer. 88. - jetzt 49⁰⁰
 Tuchmantel, numer. 82. - jetzt 19⁷⁵
 Krimmermantel, numer. 85. - jetzt 62⁰⁰
 Astrachanmantel, numer. 82. - jetzt 32⁰⁰
 Auch für stilvollste Figuren.

Saison-Ausverkauf:
 Beginn 1. Juli.

Westmann

1. Geschäft Berlin, Mohrenstr. 37a.

2. Geschäft Berlin, Gr. Frankfurter Str. 115

Zähne Kronen :: Plomben
 Brücken :: Gebisse
 gegen günstige Zahlungsbedingungen
 sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. Wolf, Potsdamer Str. 55
 Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. Bliowstr.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatt. an Private
 Bequeme Bedingungen Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

RUND * DICK * 0/M

KAR MITRA

ORIENT-CLUB

33

KAR MITRA

Vertretung der bestens bewährten zuverlässigsten Marken:

**Adler — Fafnir — Opel — Protos
 Minerva — Isotta Fraschini**

in den neuesten und modernsten Ausführungen, von 4 — 6 — 8 Zylinder — Vierradbremse etc.
 Karosserien jeglicher Art für erlesensten Geschmack aus renommiertesten Werken

Th. Raatz Automobil A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 112

THEODOR RAATZ
AUTOMOBIL A.G.
 BERLIN W 35

Fernsprecher: Nollendorf 56, 57, 58, 59
 Telegramm-Adresse: AUTORAATZ

Die Erde bebt.

Von Max Barthel.
(Schluß.)

Walker erhob sich aus seinem weichen Sessel und ging langsam nach der glasbedeckten Veranda. Das Meer schimmerte durch das bunte Glas. Wright folgte. Die anderen Herren sahen noch mit dem verstümmelten Bischof zusammen. Wright näherte sich dem großen Walker mit leichten Schritten. In der folgenden Viertelstunde wurde sehr leise gesprochen und viel gerechnet. Zwei Männer, der Spiegel und der Bepigelte, sahen eng beieinander, doch der Bepigelte blieb Sieger und kaufte für zehntausend Dollar den Oberstleutnant Wright von der Eastern Oil-Compagnie. Die neuen Petroleumquellen waren hunderttausend Dollar wert...

In derselben Nacht verdingte sich im Gefängnis von Santo Paolo Karl Schilling, ein Deutschamerikaner und Manuel Navari (ihre Zellen lagen nebeneinander) über ihren Ausbruch am nächsten Morgen. Navari hatte noch sieben Jahre wegen Straßenraub abzulösen. Schilling war unschuldig, aber er spürte jetzt schon den elektrischen Schlag des Todes. Morgen früh, während der Hofstunde, sollte die Flucht versucht werden.

Die Stadt schlief noch. Im Gefängnis rissen die Sträflinge die eisernen Bettstellen hoch. Im Waschraum nickten sich Schilling und Navari gerade zu, als der erste Stoß des großen Erdbebens sich durch ein fernes Donnern ankündete. Die kleinen Gitterfenster des Gefängnisses klirrten. Die Wächter griffen nach ihren Pistolen. Da brüllten hunderttausend Maschinengewehre auf. Die Erde bebte im ersten Stoß. Das Gefängnis barst. Schilling und Navari wurden im Strom der schreienden Flüchtlinge mitgerissen. Zweihundertfieben- undachtzig Gefangenen machte der erste Stoß den Weg frei.

Dieser Stoß war der furchtbarste. Carlington stürzte trahend zusammen. Bischof Horie, der Spiegel Wright, Ritter Hall und neunundzwanzig Bürger der Union fanden den Tod. Walker stieß, nur mit einem schleppenden Hemd bekleidet, nach dem Strand. Aber es gab keinen Strand mehr. Die Palmenallee war getrübt, die weißen Sommerhäuser geborsten, und das Wasser des Meeres stürzte sich heulend nach der trahenden Stadt. Walker fühlte den Erdboden wie eine Welle unter seinen Füßen wandern. Dann explodierten die Benzintanks. Die elektrische Kraftstation und das Wasserwerk wurden mit einem Schlag vernichtet. Die Krankenhäuser fielen wie leichte Kartenblätter zusammen. Dann stürzten die Detonations der Eastern Oil-Compagnie auf, wahnsinnige Scheiterhäuser über heulendem Entsetzen. Lillian Stuart, die bekannste und sehr beliebte Opernsängerin der Metropolitan Oper in New York lief schreiend und so, wie sie aus ihrer Mutter Weib kam, durch die donnernden Straßen. In der rechten Hand trug sie einen vergoldeten Käfig, in dem mitten im Niedersturz der Welt ein bunter Vogel zu singen begann.

Der große Walker war sehr klein geworden und lag jetzt mit vielen anderen Flüchtlingen zwischen den Trümmern der Kathedrale. Das Meer köchelte und tobte noch immer. Die Feuer der großen Explosionen frohen den Himmel an. Rauch, tierisches Gebrüll und wimmernde Klage der Frauen und Kinder vereinigte sich zu einer grausigen Sinfonie irdischer Klage um die Vergänglichkeit der Welt.

Über eine Stunde bebte die Erde in blühschnellen und ganz ausgerüsteten Stößen, aber den zwischen den Trümmern herumirrenden war es eine ganze Ewigkeit. Nach einer Stunde schon setzte die erste Hülfe ein. Farmer kamen aus umliegenden Dörfern. Polizei rückte an. Auch Militär kam leuchtend.

Die zweihundertfieben- undachtzig Sträflinge waren unversehrt durch das Erdbeben geblieben. In den Trümmern des Carlington sammelten sie sich, um nach der Steppe vorzustoßen und sich in die nahen Berge zu retten. Als der Marsch beginnen sollte, kam das Militär und riegelte die Stadt ab. Die Sträflinge verließen sich. Navari, Schilling und Jim Graham, ein Pferdedieb, blieben beisammen, und Jim war es, der sich zuerst die Gefängnisleider vom Leibe riß und sich mit den Kleidern der Toten versorgte. Schilling fand die Kleider von Hall mit guten Papieren und noch besserem Geld. Der Straßenräuber Navari verwandelte sich in den Bischof Horie. Graham aber nannte sich von diesem Augenblick an William Wright und verfügte über gute zehntausend Dollar.

Diese drei Sträflinge waren mit unter den ersten, die sich in das Rettungswert stürzten, als die Erde ausgebebt hatte. Schilling stieß auf die Sängerin Lillian Stuart, hüllte sie in einen weiten Mantel, den er unter rauschenden Trümmern fand und fuhr mit dem verstörten Mädchen in den ersten Waggons nach dem fernen Westen in die Freiheit des Lebens und seinem größten Abenteuer entgegen.

Der Straßenräuber Navari wurde von einer fallenden Mauer begeben, als er eine alte Dame retten wollte. Jim Graham kam glücklich durch die Postentente der Soldaten, schlug sich nach Los Angeles durch und verpielte sein Geld in der ersten besten Spielhölle.

Der große Walker aber war wohlsinnig geworden. „Die Sträflinge“, leuchtete er mit höherer Stimme, als er gerettet war, „die Sträflinge sind schuld. Sie haben die Grundfragen der Gesellschaft erschüttert. Soldaten, sperrt die Sträflinge ein!“

Jetzt erst, der Wahnsinnige mußte sie daran erinnern, dachten die Soldaten auch an die Flüchtlinge. Die Erde hatte sich beruhigt. Die zweihundertfieben- undachtzig Mann versuchten jetzt noch einmal den Vorstoß nach den Bergen. Sie stießen überall auf die Mauer der Soldaten. In der ersten Stunde hätten sie ruhig und sicher durch diese Mauer gehen können. Kein Mensch dachte an das Zuchthaus, alle Gedanken kreisten um Rettung, Aufopferung, Liebe, Menschlichkeit. Das war, als die Erde bebte. Jetzt bebte die Erde nicht mehr.

Zweihundert Soldaten rückten in das Trümmerfeld vor. Die Erde war still, aber zweihundertvierundachtzig Herzen bebten. Ein neuer Stoß kam, und als zweihundertvierundachtzig Mann schon die Hände erhoben und sich ergeben wollten: da bebte die Erde zum letztenmal und begrub unter sich die Sträflinge und die Soldaten.

Eva auf Sizilien.

Von Walthor G. Dschilewsk.

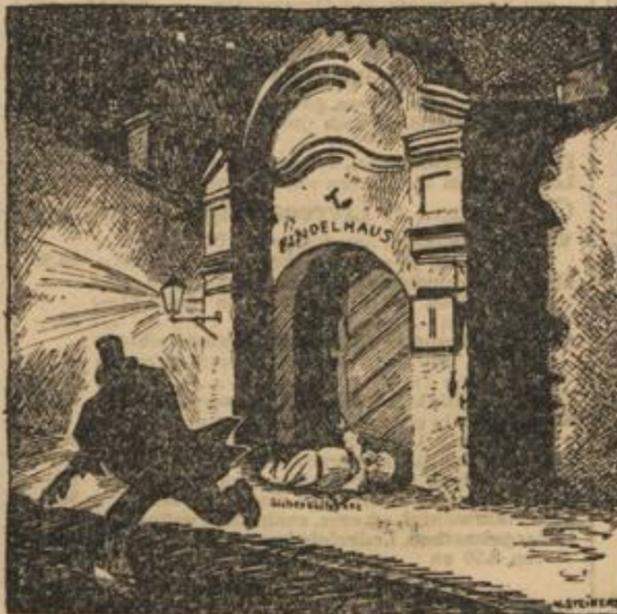
An einem stillen Sommertage, als das Laub schon braun und staubig durch die Straßen flog und der Himmel wie eine reife Mandel über der Stadt hing, wurde in der grauen Asphaltschneise des kleinen Hafens Porto Palo auf Sizilien ein Kind geboren.

Lucia Balbus, eine blühende Pionierin, trug es viele Monate unter dem Herzen und zitterte, als das Blut in den Adern zu sausen begann und dann das Fleisch zum ersten Male wiedergeboren wurde.

In diesen Stunden der heimlichen schmerzhaften Erwartung schien ihr die Welt ein siebenfarbiger Kristall. Die dunkelste Stunde ihres Lebens, das Salz der ewigen Tränen, das Einerteil der Arbeit, der Bettelmusik und der Gestank des verschütteten billigen Weines wurden plötzlich von einem magischen Schimmer überzogen und hatten nun den Duft einer freundlichen Erinnerung. Da es auch schon Abend wurde, sprang die Sonne wie Blut durchs Fenster und das Herz ward ihr zu einer silbernen Schale. Von den schmutzigen tabakverraucherten Wänden tropfte ein blaues Licht, das Harz roch aus dem dunklen Holze und ein Chor blühender Jungfrauen jubilierte durch den Raum.

Es war vor Monaten an einem rechten Feuertag in den passeroer Bergen gewesen. Vittorio Gena war ein wilder Burfsche aus Catania, und sie mochte ihn gern. Er war mit den Steinhauern und Maurerleuten nach Porto Palo gekommen, um am Umbau der Klosterkirche Dienst zu nehmen. Als ihn Lucia zum erstenmal sah, flatterte der langersehnte Regen über das Land, das

Der Sicherheitspakt.



Und keiner will Vater sein.

durstig und wie ein geschlagener Hund unter der Sonne lag, dann aufsprang und gierig die Luft an sich hineintrank.

Lucia kam aus dem kleinen Städtchen Modica in der Grafschaft gleichen Namens, wo sie einige Tage bei Verwandten weilte, und wollte nach Palo zurück. Als sie durchnäht und frierend durch den Regen schwamm, traf sie in der Casa d'Epica, einer höllischen Gebirgsschlucht unweit Sparacojorno den Steinhauer Vittorio Gena. Vittorio warf sogleich sein Ledermantel über ihren Leib und trug sie bis nach Palo hinein. Als sie so in den Armen dieses fremden Mannes lag, kühlte sie das harte rindige Fleisch, ihr kleines Herz schien zu bersten, seine Brust roch nach Bergtraut und Regen und dampfte wie die Nacht. Ein riesiger Schädel sah wie ein Amboß auf den breiten Schultern; als er Lucia kühlte, knallte es geradezu in den Bergen und das Echo lief bis in die Stadt hinein.

Aber sein Herz war eine große Wachskerze. Ein Delzweig hing immer in seinem Mund und gab der Gestalt, die nur aus Kraft und Wildheit zu sein schien, den Sinn ins Heilige. Die süße Anmut der kleinen Lucia machte ihn oft lachen, und sie fürchtete sich oft vor ihm, aber gerade darum liebten sie sich und waren ein glückliches Paar.

Doch bald darauf mußte Vittoria wieder nach Catania zurück. Die Arbeiten an der Klosterkirche waren beendet, die Maurer und Zimmerleute schnürten ihre bunten Bündel, ließen oder fuhrten in die heimatischen Provinzen zurück. Auch Vittorio dachte wieder an Weib und Kind; das Mädchen würde er vergessen, wie man soviel im Leben vergessen muß. Als er von Lucia Abschied nahm und sie noch einmal kühlte, dankte er ihr in seiner unbeholfenen Art vieltausendmal für alle abendlichen Feste in den Bergen und in den dunklen Gassen und fuhr dann heim.

Lucia weinte, ihre Gedanken farbten und die Welt war wieder ein dunkles Haus. Sie atmete schwer, bis sie ungefähr neun Monate nach diesen Feiertagen in der grauen Asphaltschneise zu Porto Palo ein Kind gebar.

Ich, der dieses Beispiel einer immer wiederkehrenden Tragik vorübergehen sah, und der ich den zwangvollen Ausgang dieses Verhältnisses nur mit dem Ausdruck meiner herzlichen Anteilnahme verbinden kann, wohnte zur damaligen Zeit in der Asphaltschneise zu Palo. Ich selbst war aus dem Schutt eines unglücklichen Erlebnisses nach dort geflohen und wollte nach Afrika hinüber. Doch der Wind flog noch zu heiß über das Meer; ich mußte bis Oktober warten. So hatte ich Gelegenheit, den geisternen Spott, der aus den Mündern der alten Weiber troff, zu hören und mußte noch bis in den Oktober hinein das Gezißel dieser Schlangenbrut in den Ohren haben. Aber nicht allein daß diese an den unangenehmen und widrigen Geräuschen Genüge hatten — das Blut der Pharisäer wollte neue Nahrung für seine schamlosen Gefäße.

So geschah in einer blauen und kristallinen Nacht das Ungeheuerliche, das an die Dumpsheit des Mittelalters oder an die Grausamkeit spanischer Inquisition erinnerte. Der Pater der Kirche ließ Lucia in den Klostergarten rufen, wo sie sich entscheiden mußte und dann mit langen Kutten solange gepöbele wurde, bis sich das Blut in den Adern weiß erbrach und das Fleisch wie wackes Laub am Leibe hing.

Dies während dieser Nacht hörte ich das Schreien und die Hilfrufe in mein Zimmer sollen. Ich fühlte den Schmerz, als ob man mich gleich schlug und bedeckte mein Gesicht. Dann frag ich: Wer darf zürnen, wenn das Fleisch zu Gott will? Wer darf Richter sein über das Gebot der Liebe? Wer darf spotten im Namen der Heiligkeit, wenn das Herz überschäumt? Wer darf sich bekreuzigen und Müttern ins Antlitz speien, wenn der Rauch des Himmels über uns kommt?!

Legt doch Feuer in diesen Schwamm! Schlagt an die Schilde und sammelt das große freie Heer. Tod den Pharisäern!

Aber liebt euch und seid stumm unter der Gnade der Welt. Der Herr unser Hirte ist nicht Richter über Gerechte. Im Angesicht des Todes, der in den Müttern liegt, im Licht der Liebe, das unser Kreuz ist, unter dem feurigen Himmel, der nicht Sünde kennt, denn solche, die ihn versuchen, heiligt, jubelt, preist euch, o Kinder der göttlichen Mutter Erde, um des irdischen Lebenswillens!

Lucia Balbus zog bald darauf nach Modica. Haß sah in ihren Rundwinkeln als sie das Kind in der Kirche des heiligen Martus taufen ließ. Einige fremde Frauen, die aus Neugierde in den Altarraum traten, meinten: härtige Männer schauten durch die bunten Fenster in den vorüberstürzenden Lag. Der Himmel flatterte in vielen Farben grauam und schön.

Tiere und Luftschiff.

Von R. Troiti.

Immer mehr breitet sich die Herrschaft des Menschen über die Luft aus. Natürlich reagiert auch die Tierwelt auf die ihr noch nicht ganz gewohnten Erscheinungen der Luftschiffe und Flugzeuge. Es sprechen dabei verschiedene psychologische Momente mit.

Der Hirsch schaut kaum nach dem schnurrenden Ding dort oben in den Lüften. Das Luftschiff läßt ihn gleichgültig. Er weiß, daß ihm aus der Luft keine Gefahren drohen können, hat er doch Raubvögel nicht zu fürchten.

Das Reh ist schon etwas ängstlicher, da es in dem Geräusch des Luftschiffes irgendein großes Ungeheuer wittert, und da der Luchs, der sich in den Kronen der Bäume aufhält, mancher Rehe schon an den Hals sprang und sie abwürgte, so fürchtet sich erklärlicherweise das Reh vor dem Luftschiffe, weil es in ihm einen Feind wittert.

Beim Hasen kann man die eigenartigsten Beobachtungen machen, sobald er das Rattern des Rotors hoch oben vernimmt. Er springt meterhoch, versucht Bäume zu erklimmen, duckt sich dann wieder sekundenslang tief zur Erde, rast davon, um dann von neuem mit seinen Hochsprüngen zu beginnen. Dabei legt er die Ohren fest an, und man hat das Gefühl, als fürchte er, daß ihn der Feind aus den Lüften an den langen Locken ergreifen will. Senkt sich aber das Flugzeug noch tiefer herab, dann glaubt Haser Lampe wohl, daß all sein Wehren nichts nützt. Dann legt sich das geängstigte Tier platt auf die Seite und wartet auf sein Ende. Ein Jäger hat einstmals einen Hasen beobachtet, der ganz still liegen blieb, als ein Luftschiff auf freiem Felde landete. Er fand den Hasen ein ganzes Weischen später. Das Tier war anscheinend vor Schreden so gelähmt, daß es unfähig war, davonzukommen.

Rebhühner flattern erst wild mit den Flügeln, fliegen unruhig hin und her und verbergen sich schließlich im Gesträuch. Aber auch dort bleiben sie nicht etwa ruhig. Sie schlagen immer wieder mit den Flügeln, als könnten sie dadurch den Feind verschrecken.

Die Wildenten zeigen mehr Mut. Sie beobachten das freifliegende Luftschiff ganz genau, tauchen aber mehr, als nötig war, unter, bleiben auch längere Zeit unter Wasser, kommen wieder an die Oberfläche, schauen wieder hinauf und dachten gar nicht daran fortzuziehen, da sie das Wasser beim Untertauchen schloß.

Hobabie, Wandervögel und die anderen Räuber der Luft sind freche Gesellen und nähern sich dem Luftschiffe mißtrauisch recht beträchtlich, machen dabei großes Geschrei und verfolgen das Fahrzeug Kilometer weit.

Noch mutiger sind die Störche. Einige von ihnen setzen sich sogar auf das Gestänge, fliegen aber davon, als sie bemerkten, daß Menschen in dem fliegenden Ungeheim waren.

Von den Haustieren verhält sich am närrischsten das Ferkel. Es läuft wie irrsinnig umher und sucht sich nach langen Hin und Her zu verbergen. Gans und Ente reden die Hälse und schnattern laut das Luftschiff an, können sich auch noch stundenlang später über das Ungeheim nicht beruhigen. Furcht haben sie anscheinend nicht, da sie kein schlagendes Dach aufsuchen.

Fast unglücklich, aber durchaus wahr ist die Nachricht, daß ein gewaltiger Steinadler es gewagt hat, einen Eindecker anzufallen; und daß der Fenster Wöbe hatte, sich gegen das wütende Tier zu wehren.

Wie entsteht ein Eisenbahnfahrplan?

Bei Beginn der Reisezeit wird es jeden interessieren zu erfahren, wie es möglich ist, daß der große Verkehr der Sonderzüge und Bäderzüge, daß vollkommen reiblos abwickelt, auf welche Weise es gemacht wird, daß man rechtzeitig überall hin Anschlüsse erhält und wie dieses ganze ungeheure Netz der hin- und herfahrenden D-Züge, E-Züge, Personenzüge und Güterzüge so gebaut wird, daß alles mit größter Pünktlichkeit und Sicherheit abläuft.

Bei der Festsetzung des Eisenbahnfahrplanes ist es vor allen Dingen erstaunlich, wie es möglich gemacht wird, daß bei so ungeheurer viel Transporten auf ein und derselben Strecke, die von den verschiedensten Seiten kommen, genaueste Bestimmungen darüber getroffen werden können, daß auf allen den ungeheuren Strecken im ganzen Reiche nicht einmal zwei Züge zu derselben Zeit an ein und derselben Stelle ankommen. Es ist dies natürlich nur durch ganz besondere Maßnahmen möglich, die bereits vor Beginn des Eisenbahnverkehrs die Möglichkeit der Uebersicht über alle Verkehrsstrecken gewähren. Zu diesem Zwecke wird ein besonderer Plan von jedem einzelnen Verkehrsbezirk entworfen, der in regelmäßige Rechtecke kleinsten Formats geteilt ist, und bei denen auf der einen Seite die Entfernungen und auf der anderen Seite die Zeitangaben vermerkt sind. Wenn man dann zwischen den einzelnen Städten die Verbindungslinien zieht, die dem Geleise der Eisenbahn entsprechen, dann ersieht man aus dieser geometrischen Zeichnung sofort ganz deutlich, wo sich zu einer bestimmten Zeit der entsprechende Zug befindet, da die Querschnitte die Zeitangaben enthalten und die parallelen Längsstriche die Ortsangaben. Aus den Verbindungsstrichen der Verkehrslinie ergibt sich nun ganz deutlich, ob sich zwei Züge irgendwo treffen, wie ein Zug den anderen überholen kann und in welcher Art die Anschlüsse zwischen den einzelnen Zügen hergestellt werden können. Für die Fertigstellung eines richtigen Fahrplanes ist es nämlich nicht nur erforderlich, daß die Eisenbahnzüge nicht zusammenstoßen, sondern es ist auch notwendig, daß die viel langsamer fahrenden Personenzüge oder Güterzüge, die an irgendeiner Stelle doch von den viel schnelleren D-Zügen erreicht werden, so gelegt werden, daß ein Ueberholen der langsamer fahrenden Züge durch die schneller fahrenden möglich ist. Auch dieses ergibt sich aus dem Rechenplan mit größter Genauigkeit, und nicht nur für die regelmäßigen Eisenbahnzüge, sondern auch für Sonderzüge, die auf den Strecken eingesetzt werden und bei Herstellung des Fahrplanes nicht berücksichtigt sind. Eine zweite Schwierigkeit der Fahrplanherstellung besteht darin, die Anschlüsse von einem Zuge zum anderen rechtzeitig zu ermöglichen, da nur dadurch ein schneller Verkehr gewährleistet ist. Da man aber aus dem Rechenplan sehr genau sieht, wo und wann ein Zug ankommt, so kann man auch mit Leichtigkeit die Anschlüsse zu legen, daß die Stationen zur selben Zeit schneiden, wie der andere Eisenbahnzug.

Hans Thoma neuer Vetter. Ein Kunsthandler schrieb einmal an Thoma, er habe von ihm ein Bild, eine Gesellschaft im Garten, das ein Herr kaufen wolle; dieser wünsche aber durchaus zu wissen, wen das Bild darstelle. Da schrieb ihm Thoma: „Das Bild stellt meinen Vetter Hironymus Jimit mit seiner Familie dar.“ Da bekam der Händler sein Geld und Thoma hatte — einen neuen Vetter.

